

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

99 (27.4.1912) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Buchdruckerei G. E. & Co., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Biegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Trauriger Mut.

Im preussischen Dreiklassenhaus herrscht wieder einmal der Skandal. Auf leidenschaftlich reaktionäre Ministerreden antworten die Sozialdemokraten mit gleicher Vehemenz, der Präsident pfeffert Ordnungsrufe drein, die Rechte heult. In der Polizeiwachtstube schnallt sich der Leutnant den Säbel um und harret dienstbereit des Rufs, einen der unliebsamen Volkstretter aus dem Hause zu jagen. Solcher Skandal gehört zum Wesen des preussischen Abgeordnetenhauses, dessen kümmerliches Dasein schon an sich ein politischer Skandal ohne Ende ist. D unglückliches Haus, mit Fliichen erbaut, und Fliiche werden's bewohnen!

Der neue Herr des Hauses, Freiherr v. Erffa, der sich von seinem Vorgänger v. Kröcher nicht durch minder stolze preussische Gesinnung aber durch größere Tappigkeit auszeichnet, hatte einen Ordnungsruf, den er dem Genossen Ströbel wegen Beleidigung des preussischen Staates erteilte — Niebnecht erhielt deren, wenn wir richtig gezählt haben, vier — mit einer Standpauke eingeleitet, in der er sagte, der Abg. Ströbel habe „den traurigen Mut“ gehabt, das preussische Vaterland zu beleidigen. Nun hat Ströbel gewiß, da er die Bemerkung Niebnechts, Rußland sei der verächtlichste Staat Europas durch den Zwischenruf „Außer Preußen!“ unterbrochen, ein sehr scharfes Urteil gesprochen. Aber man muß sich den ganzen Verlauf der stürmisch erregten Sitzung vor Augen halten, um zu begreifen, wie er zu dieser Äußerung gekommen ist.

Die Niebnecht die Gräuelt der preussischen Auslieferungsgesetze gegenüber Rußland schilderte, eine Schilderung, die natürlich an den verstockten Polizeimitern der Mehrheit vollständig abprallte, hatte der Polizeiminister v. Dallwitz eine richtige Programmrede gehalten, in der er zunächst den berüchtigten Schieberlah des Herrn v. Zogow verteidigte, dann aber gegen das Reichstagswahlrecht und überhaupt gegen jede preussische Wahlreform vom Reder zog. Herr v. Dallwitz, der jeden Beamten Lügner, Eißbrecher und Heuchler schilt, wenn er von seinem Wahlrecht den ihm verfassungsrechtlich gewährleisteten freien Gebrauch macht, findet es absolut unnötig, daß der König von Preußen sein Wort hält.

Vor vier Jahren hat Wilhelm II. die Reform des verrotteten preussischen Wahlrechts als „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ bezeichnet und ihre Durchführung in nahe Aussicht gestellt. Vier Jahre später findet ein preussischer Minister des Innern — um mit Freiherrn von Erffa zu sprechen — den „traurigen Mut“ zu der Erklärung, die Gründe, die den gegenwärtigen Augenblick zur Durchführung einer Wahlreform u n g e e i g n e t erscheinen ließen, hätten sich durch die veränderte Stellungnahme einzelner bürgerlicher Parteien zur Sozialdemokratie noch v e r m e h r t. Also vor vier Jahren war die Wahlreform die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, n a c h vier Jahren ist der „gegenwärtige Moment zur Durchführung einer Wahlreform“ durchaus ungeeignet. Warum? Weil die Sozialdemokratie einen gewaltigen Wahlsieg erfochten hat, und weil sich „einzelne bürgerliche Parteien“ weigern, den Junkern bedingungslos Herfolge zu leisten. Der Anhang der Sozialdemokratie im Volke ist gestiegen. D a r u m darf sie keine ihrer Stärke auch nur einigermaßen entsprechende Vertretung erhalten. Bürgerliche Parteien leben sich, wahrlich nicht aus Liebe, sondern im Interesse der Selbsterhaltung genötigt, mit der Sozialdemokratie als einer gleichberechtigten Partei zu verhandeln. D a r u m darf die Sozialdemokratie nicht Gleichberechtigung erhalten. Die Macht der Junker ist im Niedergang begriffen, ihr Anhang im Volke schmilzt bis auf einen kläglichen Rest zusammen. D a r u m müssen die preussischen Wälle und Bastionen, hinter denen die Gewalttherrschaft der Junker verchanzt liegt, unversehrt erhalten werden! Aber das königliche Versprechen? Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart? Wah, was geht das einen Dallwitz an! Wage es einer der preussischen Beamten bei den nächsten öffentlichen Landtagswahlen gegen solche Nichterfüllung königlicher Verheißungen durch die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten zu protestieren! Als B ü g n e r, Heuchler und Eißbrecher wird er dafür aus dem Dienste gejagt werden.

Das sind die Zustände des preussischen „Rechtsstaates“! Wer hat da noch den traurigen Mut, Steine auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten zu werfen, der über solche Verheißung aller Auffassungen von Recht und guter Sitte Worte des stärksten Unwillens äußert? R ü n g s t war der Präsident nahe daran, einen Sozialdemokraten zur Ordnung zu rufen, weil er das Wort eines Zentrumsabge-

ordneten zitierte, man müsse sich schämen, ein Preusse zu sein. Schade, daß er es nicht getan hat. Solche Äußerungen verdienen unterdrückt zu werden, weil sie zeigen, daß die Empörung über die preussischen Zustände längst aufgehört hat, Sache einer einzelnen Partei zu sein, daß sie das ganze preussische Volk mit elementarer Gewalt ergriffen hat.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann hat Herr von Dallwitz durch seine Rede das Signal zu einer neuen preussischen Wahlrechtsbewegung gegeben. Denn das preussische Volk hat kein Recht mehr, im Kreise der deutschen Stämme und der Völker Europas sein Haupt zu erheben, wenn es sich weiter gefallen läßt, daß die wichtigste Aufgabe der Gegenwart unter nichtigen Vorwänden ungelöst bleibt und die Nichterfüllung königlicher Verheißungen abermals, wie nach 1815 und 1848, zum preussischen Staatsprinzip erhoben wird.

Wieder treten die verbündeten Regierungen des Reichs mit ungeheuren Forderungen militärischer Natur an das Volk heran. Neue Pflichten werden dekretiert, neue Lasten aufgelegt, neue Rechte aber, „entgegen den feierlichen Verheißungen einer königlichen Thronrede, trozig verweigert! Die Geschichte des preussischen Wahlrechts ist eine Geschichte der Schmach für den preussischen Staat, aber auch das preussische Volk würde sich mit Schande bededen, wollte es den ihm von der Regierung ins Gesicht geschleuderten Sandbücheln nicht aufnehmen.

Das Wort des Freiherrn v. Erffa, dieses Wort des traurigen M u t s wird der Wind nehmen. Wollte sich aber das preussische Volk auf die Dauer sein Recht vorenthalten lassen, würde es sich einschüchtern lassen von einem Herrn v. Bethmann, einem Herrn v. Dallwitz, dann würde dieses allzubeachtliche Volk sich selber das Urteil gesprochen haben. Und das würde nicht lauten auf „traurigen Mut“, sondern auf traurige F e i g h e i t!

Politik und Religion.

Der Kriegsminister erklärte am Donnerstag, daß er weitere Ausführungen über seine und der Militärverwaltung Stellung zum Duell nicht im Plenum, sondern in der Kommission machen werde. Er hat von den Mittwochserfahrungen einwillen genug und rechnet damit, daß sich bis zu den Beratungen in der Kommission die Aufregung wohl einigermaßen gelegt haben werde. Nicht die der Sozialdemokraten, aber die des Zentrums, an dessen Stimmung ihm viel gelegen sein muß.

Das Zentrum ist nach der Versicherung der zurzeit noch herrschenden Richtung keine konfessionelle Partei, allein auch die Bademiten fordern die Betonung und Beachtung der sittlich-religiösen Momente in der Politik und wollen sich dadurch vom Liberalismus und erst recht von der Sozialdemokratie unterscheiden. Nun liegt hier ein Fall vor, wo von einer Regierungsstelle die religiösen Gefühle der Zentrumsparthei schmer verletzt worden sind, ja mehr als das, wo aller „Sittlichkeit“ entgegen die Mißachtung des Gesetzes von einem Minister geradezu sanktioniert wird.

Dieselbe Regierung, die sich dieses Vergehens schuldig macht, verlangt im gleichen Moment hunderte von neuen Millionen für Heer und Flotte, d. h. für diejenige Institution, deren Beamte moralisch genötigt werden, wider Religion und Sittlichkeit zu verstoßen, und es steht bei dem Zentrum, ob diese Millionen bewilligt werden. Wie wird es sich aus dieser schwierigen Affäre ziehen?

Nach der gewaltigen Entrüstung, mit der die Fraktion unter Führung des sich wie rauchend geberdenden Abgeordneten Gröber am Mittwoch die Worte des Freiherrn von Heeringen aufgenommen hat, könnte sie eigentlich nicht gut anders als das Haupt des Frevels fordern und die Entlassung des Ministers zur Vorbedingung ihrer militärischen Bereitwilligkeit machen. Doch sind wohl erhebliche Zweifel am Platze, daß sie zu dieser Konsequenz den Mut findet.

Die „Köln. Volkszeitung“ sucht schon zu beschwichtigen: Den Kriegsminister trieb der Zwang der Verhältnisse, die Verpflichtung, daß ein Kriegsminister jede Kabinettsordre vertritt. Vielleicht hat die Kabinettsordre im Embassé Herr v. Heeringen selbst unterzeichnet. Ohne Zweifel hatte Herr von Heeringen die Tragweite seiner Äußerung in diesem Augenblick nicht übersehen, das merkte man deutlich an seiner Bewirrung und Verlegenheit, als er hilflos beim Sturm der Entrüstung gegenüberstand.

Das ist ein Kladder auf mildernde Umstände und fängt nicht so, als wenn man aus der Affäre einen ernsthaften Konfliktfall machen wollte, der noch dazu zu einem Bruch mit den Konservativen führen müßte. Gibt der augenblickliche Minister in der Kommission seinen Worten eine Interpretation, die dem Zentrum auch nur halbwegs gestattet, wieder gut zu sein, dann werden ihm mit großer

Wahrscheinlichkeit die verlangten Millionen und auch sein Gehalt bewilligt.

Aber selbst wenn die Zentrumsparthei auf die Befestigung Heeringens soviel Eifer verwenden würde wie die auf die Verdrängung Bermuths, so würde das noch wenig bedeuten. Der jeweilige Kriegsminister vertritt nur mit größerem oder geringerem Geschick das System, und an dem wird nichts geändert, wenn der eine General einem anderen Platz macht. Liegt den Militaristen die Achtung vor göttlichen und menschlichen Gesetzen so am Herzen, wie sie gern glauben machen möchten, so müssen sie dem System zu Leibe. Aber sie stützen es, durch die Bereitwilligkeit, alles zu gewähren, was für Armee und Marine gefordert wird.

* Gottes Gebot.

Die „Germania“ fordert die Offiziere zum Ungehorsam gegen die Vorschriften des militärischen Ehrenkodex auf. „Für unsere christlichen Offiziere gilt nach wie vor der Befehl des Herrn: Du sollst Gott mehr gehorchen als den Menschen. Wobei es gänzlich gleichgültig ist, ob diese Menschen Kriegsminister oder noch etwas höheres sind; sie gelten für nichts neben Gottes Willen — neben Gottes Willen, den das Gesetz des Staates außerdem feierlich sanktioniert hat.“ Soffentlich ist die „Germania“ nicht etwa der Meinung, daß der Befehl des Herrn nur für die Offiziere in ihrem Verhältnis zum Ehrenkodex gilt. Wie stellt sie sich aber dann zu der Frage, ob der Soldat dem Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, den „noch etwas höheres als der Kriegsminister“ als zwingend hingestellt hat, folgen muß. Gottes Wille ist doch, daß Vater und Mutter g e h o r t werden sollen.

Deutsche Politik.

Kolonialdebatte in der Budgetkommission. Seit Jahren wird sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum des Reichstags eine Verminderung der Schutztruppe in Südwestafrika gefordert. Nachdem durch die Ausrottungsstrategie des Generals Trotha während des Nachfeldzuges gegen die Eingeborenen diese dezimiert und (einschließlich fremder Farbiger) auf insgesamt 80 000 Köpfe zusammenschmolzen sind, außerdem die weiße Bevölkerung auf etwa 14 000 Köpfe angewachsen ist, muß eine Schutztruppe in der Kopfzahl von etwa 2000, wozu noch etwa 600 Mann Landespolizei kommen, als viel zu hoch bezeichnet werden. Diese Schutztruppe erfordert gegenwärtig noch eine jährliche, vom Reich zu tragende Ausgabe von 14 Millionen Mark. Die Regierung hat wiederholt Zusagen gegeben, die Truppen zu vermindern, sobald die Bahnbauten vollendet sind, weil durch sie die Truppen in ihrer Aktionsfähigkeit wesentlich gestärkt werden. Aber trotz aller Versprechungen sind nur ganz geringfügige Verminderungen eingetreten. In der dem bisherigen Etat für Südwestafrika beigefügten Denkschrift bekämpft, im Gegensatz zu den Erklärungen des früheren Staatssekretärs Lindequist, die Regierung die Verminderung der Truppen, und Herr Dr. Solf stellte sich am Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstags auf den gleichen ablehnenden Standpunkt. Er operierte mit einem Bericht des Gouverneurs Seib, der eine Menge möglicher Gefahren sieht, wenn die Truppenzahl verringert werde. So sollen die Bastards eine Gefahr darstellen, die Hereros unzufrieden sein usw. Sobald die Bahnbauten beendet sind, soll die Gefahr sich steigern! Gegen diese Haltung der Regierung wendete sich Gen. K o s k e sehr lebhaft und bekämpfte die Schwarzmalerei der Regierung. Die Eingeborenen sind in nur sehr geringer Zahl im Besitz von Waffen, und stehen als Arbeiter stramm unter der Botmäßigkeit der Behörden. Nicht der kriegerischen Gefahr wegen wird die Kopfzahl der Schutztruppe auf der heutigen Höhe gehalten, sondern als Konsumenten für die Farmererzeugnisse. Ohne die Truppe würde die Blente in Südwest schneller kommen.

Auch der Abg. E r z b e r g e r forderte die Verminderung der Truppe, die selbst Karl Peters empfohlen habe. Durch die hohe Truppenzahl schwellte auch der Pensionsetat an, der jetzt schon eine Ausgabe von 4 Millionen erfordert. Für die jetzige Truppenzahl traten neben der Regierung die Abgg. v. Böhlenndorf und Wasser-mann ein. Der Staatssekretär vertritt die Kommission bis zu seiner Rückkehr von der Informationsreise nach Südwestafrika. — Annahme fand eine Resolution, die die Schutztruppe zur Vornahme von Kulturarbeiten verpflichtet; ferner eine volksparteiliche Resolution, die von der Regierung die Vorlegung eines Kompetenzgesetzes für alle Kolonien fordert, gestaltet nach ihrer Eigenart; ferner ein Verfassungsgesetz für Südwestafrika und eine auf Grund allgemeiner, gleicher und direkter geheimer Wahlen gewählte Vertretung. Die Gesetzgebung über die Eingeborenen soll der Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren

des Reichs bedürfen. Gegen die letztere Forderung stimmten nur die Konserverativen.

Sodann trat die Kommission in die Beratung des Etats für Ostafrika ein, wobei es zu einer längeren Debatte über die Sklaverei dieser Kolonie kam. Das Zentrum forderte die Aufhebung der Sklaverei ab 1. Januar 1920. Abg. Erzberger führte dazu aus, daß die Hausklaverei in einzelnen Bezirken noch sehr im Schwunge ist, trotz aller Freibriefe und der Loskäufe. Die Preise für Sklaven sind fortgesetzt gestiegen; sie werden unter Mitwirkung der Behörden festgesetzt und steigen bis 75 Rupien. Es gibt Sklavenhalter, die fünf bis sechshundert Sklaven sich halten. Freigekaufte und freigelassene ehemalige Sklaven werden wieder verkauft. Während im Jahre 1910 insgesamt 4088 Freibriefe erteilt worden sind, ist allein in Tabora die Zahl der Sklaven um 15 000 gewachsen. Gouverneur v. Rechenberg warnte vor allzu eiligen Schritten, weil eine Menge großer Schwierigkeiten zu überwinden sein werden; aber der Aufhebung der Sklaverei stimme die Regierung zu. Die Nationalliberalen Paasche und v. Richthofen überrannten durch sentimentale Schilderungen über den angeblich im allgemeinen milden und idyllischen Charakter der Sklaverei. Dr. Solff hat die Annahme der Resolution bis zum nächsten Jahre zu verschieben, um dem neuen Gouverneur nicht sofort große Schwierigkeiten in seinem Amte zu bereiten. Die Resolution Erzberger wurde angenommen.

Weil der bisherige Gouverneur v. Rechenberg Reute, die am Kilimandscharo sich ansiedeln wollten, über die dort herrschenden ungünstigen klimatischen Verhältnisse aufklärte, also in durchaus vernünftiger Weise seine Amtspflicht erfüllt hat, wurde er von den Nationalliberalen beifällig angegriffen. Der Gouverneur jedoch führte die Nationalliberalen kräftig ab.

Ausland.

Belgien.

Die Gewerbe- und Industrieausstellungen in Belgien. Bezeichnen die Kaufmannsgerichtswahlen ein kräftiges Vorwärtstreiben der sozialistischen Idee in den Kreisen der Angestellten, so ist das Ergebnis der eigentlichen Arbeiterwahlen ein Triumph der unabhängigen Arbeiterbewegung. Auch die Geminnisse, die man durch die an sich gewiß begründeten Maßnahmen: Proportionalismus und Frauenstimmrecht zu erzielen suchte, haben sich als unwirksam erwiesen. Nur aus einem Ort wird berichtet, daß viele Arbeiterinnen für die Gegner stimmten, die 3 Arbeiterinnen aufgestellt hatten, während unsere Genossen leider keine Kandidatin hatten. Ohne Proporz wären freilich die Wahlen der Sozialisten an den meisten Orten völlig beseitigt worden. Im einzelnen ist hervorzuheben: Brüssel: 8810 Sozialisten (22 Gewählte), 2761 Liberale (6); Großbrüssel mit den Vorortbezirken: 36 358 Soz., 12 526 Liber., 4185 Liberale. Antwerpen: 16 448, Gewerkschaften (sozialist. und unabh.) 20 870. Lüttich: Soz. 23 044, Liber. 9295, und 7000 weisse usw. (darunter Liber.). Namur: Soz. 3862, Liber. 1624, Gent (Stadt): Soz. 13 191, Liber. 6770, mit Bezirk (wo in katholischen Orten massenhaft Hausfrauen als Arbeiterinnen eingetragen wurden usw.): Soz. 19 292, Liber. 20 911. — Am günstigsten sind die Ergebnisse natürlich im antikalischen wallonischen Gebiet. So in Seraing Soz. 6886, Liber. 1461. Auch in Verbiers sozial. Zweidrittelmehrheit. In den Industriegebieten von Charleroi, Borinage und Centre wurden die Sozialisten ohne Gegenkandidaten gewählt. Aber auch im dunklen Flandern wurden über Entwerfen gute Ergebnisse erzielt. So in Löwen, dem Sitz der katholischen Universität, Soz. 2668, Liber. 1676, 816, 868. In Grammont, Westflandern: 1402 Soz. gegen 1562 Liber., 36 Lib. und 1088 ebenda, 8296 Soz., 7368 Liber., 3064 Kathol. Demokraten. Doch gibt es dort auch noch Bezirke, wo sozialistische Stimmen gar nicht oder für die Liberalen abgegeben werden, wie Termonde (Liber. 4911, Lib. 8637) und Oudenaarde.

Amerika.

Die sozialistische „Niederlage“ in Milwaukee. Erst jetzt liegen die näheren Angaben vor, die ein Urteil über das Wahlergebnis, das auch von der deutschen bürgerlichen Presse als Sieg des Bürgerturns und Strafurteil über ungeschickte und parteiische sozialistische Verwaltung gefeiert wurde, ermöglchen. Sie beweisen, daß von einem Rückgang unserer Bewegung, die in Milwaukee vor 2 Jahren die ersten großen Siege in den

Vereinigten Staaten erlitten hat, nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil! Zwar unterlag Gen. Seidel, der treffliche Mayor, dem bürgerlichen Gegner mit 90 200 gegen 48 064 Stimmen. Aber er hatte auch vor zwei Jahren nur mit relativer Mehrheit geiegt. 1908 wurden 20 887 sozialistische gegen 41 617 bürgerliche Stimmen abgegeben; 1910 27 887 sozialistische gegen 31 775. Nur infolge der Geltung der Relativmehrheit, die Stichwahlen ausschließt, siegte unsere Liste, für die überdies ein Teil der Republikaner, um die Demokraten zu stützen, gestimmt hatte. Diesmal gingen beide bürgerliche Parteien zusammen. Der alte Schwindel des Gegenfakes wieder, innerlich gar nicht mehr unterschiedener „Parteien“, die nur um die Beute raufende Klippen darstellten, schwand, sobald die Beute selbst in Gefahr geriet. Dies war bei der mit gründlicher Sachgenauigkeit und Ehrlichkeit mit Voranstellung der proletarischen vorgehenden Verwaltung Milwaukee freilich sehr der Fall. So erlich der Landtag von Wisconsin für Milwaukee ein seitdem viel nachgeachtetes Gesetz, das Parteilisten bei Gemeindevahlen verbietet und so das Bündnis der alten Parteien legalfierte.

Dazu kam ein Wahlkampf, der nicht seinesgleichen hatte. Alles, was unter dem alten System an der Gemeinde oder der von der neuen Verwaltung schon bekämpften sozialen Korruption verdient hatte: alle „Graster“, Monopolgesellschaften, Lieferanten und Zwischenhändler, dazu Wirte überlästeter Säuler, mit ihnen im hohen Bunde für Religion und Sitte die katholische Geistlichkeit, deren fanatischer Kampf unter den zahlreichen Voten noch viel Anhang findet; schließlich manche unklare Inaufriedene, die von einem Systemwechsel den pöhlischen Himmel auf Erden oder die Förderung ihrer Privatinteressen erwarteten. Alle diese Elemente, deren Führung die „Liga der Steuerzahler“, d. h. der zum erstenmal ehlich eingeschätzten großen Steuerhinterzieher, hatte, fanatisiert durch die Aufstellung der „amerikanischen gegen die rote Fäule“ und Ärgern aller Art, worunter ein in den deutschen Blättern erschiener Aufsatz von „Margiten“ zugunsten der bürgerlichen Liste noch eine der harmlosesten war. — Troz alledem eine Stimmenzunahme von 9300 gegen 1500 der Gegner seit 1908. 1904 war die sozialistische Stimmenzahl 15 056, im Jahre 1900 erst 2178. — Von dieser Wahl schreibt man der bürgerlichen New Yorker „Press“: Das Ergebnis dieses Sieges ist recht zweifelhaft. Jedes Element, auf das ich oben gleichgültig, vereinigte gegen die Sozialisten. Einige recht zweifelhafte Personen wurden gewählt. Die schlechtesten Elemente der demokratischen wie der republikanischen Partei taten sich zusammen und errangen den Sieg. — Wie anders sehen unsere Genossen da! Ihre 11 Vertreter unter 36 Stadträten werden in derselben Richtung weiterarbeiten und den endgültigen Sieg, der in einigen Jahren sicher kommen wird, vorbereiten. Sie können mit gutem Gewissen zurück- und mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Ein deutscher Arbeitervertreter als Gast der geisgebenden Versammlung Nord-Amerikas. Die New Yorker Volkszeitung berichtet aus Washington: „Sprecher (Präsident) Clark und Vertreter Wilson aus Pennsylvania (Dem.) trafen Arrangements für eine am 20. April im Hause abzuhaltende „Labor Lecture“ (Vortrag über Arbeiterfragen). Als Redner für diesen Vortrag ist Genosse Karl Legien, Mitglied des Deutschen Reichstages und Sekretär des deutschen wie auch des internationalen Gewerkschaftsverbandes, ausersehen. Am dem Genossen Legien zu einer Ansprache Gelegenheit zu geben, wird das Haus eine Pause in den Verhandlungen einstritten lassen und so dem Vortrage den Senat, wie auch prominente Bundesbeamte einladen.“

Badische Politik.

Die Finanzgebarung der badischen Staatsbahnverwaltung.

Ein halbamtlicher Artikel der „Karlsruher Zeitung“ wendet sich in seiner ausführlichen Darlegung gegen verschiedene Artikel des „Schwab-Merkur“, in denen schwere Angriffe gegen die Finanzgebarung der badischen Staatsbahnverwaltung enthalten waren. In der halbamtlichen Darlegung rechtfertigt der Finanzminister seine Eisenbahnfinanzpolitik. Die Angriffe wurden von dem Minister bereits in einer der letzten Sitzungen der Budgetkommission der zweiten Kammer als unberechtigt zurückgewiesen. Es wird betont, daß der Grundlag, wonach der mechanische Apparat des Eisenbahnbetriebs (Wahnpförper, Gleise, Bauten, Fuhrpark) durch die Unterhaltung und Erneuerung auf Kosten des Betriebs stets im gleichwertigen Zustand gehalten werden soll, auch in Baden seither tatsächlich

beobachtet worden ist. Die baulichen Anlagen der badischen Staatsbahnen können, so wird in dem halbamtlichen Artikel u. a. ausgeführt, ebenso wie die maschinellen Anlagen hinsichtlich ihres Unterhaltungszustandes den Vergleich mit denjenigen anderer deutlicher Verwaltungen aushalten. Alle Unterhaltungsarbeiten werden selbstverständlich auch in Baden, ebenso wie anderwärts, lediglich zu Lasten des Betriebsbudgets vorgenommen. Daß bei ungenügender Finanzlage unter Umständen an sich ermüdete, aber nicht dringliche Arbeiten bis zum Eintritt günstigerer finanzieller Verhältnisse zurückgestellt werden, ist ein Verfahren, das bei der badischen Eisenbahnverwaltung ebenso wie bei anderen Eisenbahnverwaltungen und sonstigen geschäftlichen Unternehmungen eingehalten wird. Durch die seit drei Jahren eingeführte fortgesetzte Wirtschaftskontrolle wird übrigens auch dahin gestrebt, daß allzugroße Schwankungen tunlichst vermieden werden.

Eine Nachahmungswerte Erneuerung

führt der Kreisbauinspizitor Heideberg mit der zunächst probeweisen Anstellung eines Kreisbauinspizitors an. Diesem fällt die Aufgabe zu, auf Hebung des gesamten Feldbaues des Kreises, besonders soweit bäuerliche Betriebe in Betracht kommen, hinzuwirken. Eine ähnliche Aufgabe auf dem Gebiete des Obstbaues haben bisher schon die Kreis-Obstbaumwärter zu erfüllen.

Der Fall Raupp.

Unter der Spitzmarke „Sind Gendarmen Krutent?“ behandelten wir in unserer letzten Samstagsnummer den Fall des Gendarmen Raupp in Nehl, der sich am 10. d. M. mit seinem Dienstgewehr erschöß. Es ist in dem betreffenden Artikel mitgeteilt worden, daß dem Gendarmenwachtmeister Köhler insofern eine Mitschuld an dem behauerlichen Vorfall zuzuschreiben sei, als er die Gendarmen zu streng und zu militärisch behandle, insbesondere mit Griffschloß und am warmer Ofen usw. Inzwischen kam nun der Fall in der 2. Kammer des bad. Landtages zur Sprache.

Der Reichler Abgeordnete, Bürgermeister Dietrich, schnitt in der Sitzung vom 23. d. M. den Fall an und bemerkte:

Es ist neulich auch ein Fall passiert, auf den ich hier nicht näher eingehen will — er ist im „Volksfreund“ gekunden und es ist mir auch zu Ohren gekommen, daß etwas schätliches an dieser ganzen Sache sein soll — bei dem der betreffende Gendarm von seinem Wachtmeister in einer geradezu rüchichtslosen Weise behandelt worden sein soll. Er soll jeden Morgen seine vorfahrlässigen Griffe haben machen müssen, so ähnlich wie beim Militär. Ich will den Mann weiter nicht in Schutz nehmen, ich weiß nicht, wie er persönlich war, ich weiß auch nicht, wie sein Verhältnis zum Wachtmeister war; aber die Dinge mögen hier liegen, wie sie wollen — die Unterredung wird ja diesen Fall klären — jedenfalls ist es nicht in der Ordnung, daß ein Mann, der 15 Dienstjahre hinter sich hat, noch wie ein Rekrut behandelt wird (Sehr richtig!) und morgens in der Frühe mit Gendarm und Patronenmaschine antreten und Griffe machen muß. Das gehört nicht zu den Aufgaben der Gendarmen und es ist auch nicht Sache der Wachtmeister, die Reute so zu behandeln. (Zuruf: Sehr richtig!)

Hierauf gab der Regierungsvertreter, Herr Ministerialrat v. Wittgen, in der Sitzung vom 24. d. M. folgende Erklärung ab:

Es ist bedauerlich, daß wir die Verhältnisse des verstorbenen Gendarmen Raupp heute hier zur Sprache bringen müssen, aber andererseits ist es doch gut, daß dieser Fall, der schon zu Erörterungen in der Presse Veranlassung gegeben hat, hier in aller Öffentlichkeit aufgeführt werden kann. Es handelt sich um einen Mann, der einer unglücklichen Schwäche, seiner Intoleranz gegenüber dem Alkohol, zum Opfer gefallen ist. Er hat auf verschiedenen Stationen schon Anlaß zu Beanstandungen gegeben; abgesehen davon, daß seine Anlagen hatte, so hat er sich doch immer wieder zu überflüssigem Wirtschaften verleiten lassen und hat zu viel Geld ausgegeben; dies führt dazu, daß er Ende des Jahres 1911 im Strafwege wegen Wirtschaftens, mangelhafter Leistungen und wegen Schuldenmachens nach Nehl versetzt wurde. Er sollte dort unter die Aufsicht des Wachtmeisters

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kretzer.

(Fortsetzung.)

Silvester hatte jetzt viel zu tun, sodaß Frau von Kettwitz regelmäßig um die Tafelfreuden kam. Denn da die Proben außergewöhnliche waren und nachmittags stattfanden, so lebte er fast ganz im Klub, wo er plötzlich zu einer Art Lebenswürdigkeit geworden war, die man dreimal herumreichen müsse, um sie ganz genießen zu können. Im Scherz umhüllte man ihn sogar, weil man schon vorher gar zu gern die Nase ins Theater oder noch lieber hinter die Kulissen gesteckt hätte — schon um der lieblichen Schminke wegen, wie Siltsis sich in seiner Weise ausdrückte. Aber Silvester blieb unerbittlich; die Herrschaft, die er sich im Theater erkaufte hatte, wollte er auch ungeleitet von Neugierigen ausüben. Im übrigen begann ihm bereits der Kerger gehörig an die Nerven zu geben. Von Eigensinn erfüllt, wollte er Dichter und Oberregisseur zugleich sein, was aber nicht immer gelang; denn in seinem Eifer merkte er kaum, daß diese Zusammengetrommelte Gesellschaft in ihm nur den reichen Dichtling sah, dem man ins Gesicht hinein hübsche Worte sagen mußte, um ihm hinter dem Rücken umförmere eine Kunstnale zu drehen.

Adolfus, dem er wirklich die Rolle des Schlemmerjan anvertraut hatte, eines Schnorrers der großen Welt, der alles mit saftigen Anekdoten begabte, war der einzige, der herumging und es verkindete: „Das wird schon was, das kann die Saison machen, wanns kein Hornvieh von Direktor kriegt.“ Da er diesmal zu den Proben nicht früh aufzutreten brauchte, so kam er merkwürdig pünktlich, allerdings bereits ein gutes Frühstück im Leibe, was er sich in anbetend des täglichen Verkaufes ohne Einschränkung leisten konnte. Nun, da er wieder in seinem Fahrwasser war, spielte er sich gleichsam als der Freund Silvesters auf, der die Kollegen durchaus nicht im unklaren darüber ließ, daß er „da, in der Königin Augustastrasse,

beim Herrn von Trost,“ ein und aus ginge und sozusagen „persona grata“ bei ihm sei. Ja, da habe man Atmohäre, da könne man atmen! „Er hat 'ne Kent' von hunderttausend Mark, und was meinen S, was der Alte hat, na? 'ne halbe Milliarde hat er. Minimum... Herrschaften, geht euch Mühe, bringt's Stiel gut raus, dann sollt ihr leben: er legt schon noch was drauf, er hats mir angedeutet. Das gibt nachher 'n Souper mit echtem Schlampamer. Im Stillerhof. Was extraes wirds, ganz oberprima. Lumpen läßt sich 'n einer nicht.“ Und er schmalzte mit der Zunge und kniff eine der Statistinnen, die noch nichts zu tun hatten und mit ihm hinten im dunklen Parkett saßen, mehr als freundschaftlich in die Wangen.

Weit vor ihnen, in der dritten Reihe, bestie Silvester seinen Kerger zur Bühne hinaus. Man probierte den ersten Akt mit der Dekoration, die einen großen, fürstlich ausgestatteten Klubaal darstellte, den er, wie überhaupt sämtliche Malereien, auf eigene Kosten hatte anfertigen lassen. Ein kleines Vermögen steckte in diesen vier Akten, denn nichts Altes wollte Silvester haben. Diese neue Aufmachung mit geschlossenen Decken, mit teuren Stoffen, mit dem ganzen Zubehör einer mehr als natürlichen Ausstattung, sollte prunken und blenden, durch ihre Schönheit gleichsam verblüffen. Man sollte die Art der Menschen bereits erkennen, bevor sie sprachen, schon angedeutet durch ihre Umgebung. Der Rahmen sollte gleichwert dem Bilde sein, eines sollte dem andern zum Siege verhelfen. Und Silvester, der sich in diesen Uebergedanken förmlich hineintraut, ließ seine Erregung steigen, sobald die Darstellung nicht seiner Empfindung entsprach; er reizte seine ganze Umgebung — diesen Trost von Künstlern und Regisseuren, Insizienten und Arbeitern, die sein Reich auf drei Stunden täglich bildeten, bis die Stunde schlug, wo die Bühne geräumt werden mußte, um frei für die Abendvorstellung zu werden. Dann, völlig erschöpft nach dieser Anstrengung, bedankte sich Silvester bei allen, ließ aus dem unangenehmen Dichter wieder den tadellosen Gentleman entstehen, der seinen Unterchied in der Person machte; hat, am andern Tage pünktlich zu erscheinen und beifieg draußen den Wagen, um nach dem Klub zu fahren und

dort einsam zu speisen, denn um diese Zeit waren die Räume meist verödet.

Eines Nachmittags zeigte sich Direktor Burgborst im Theater, der ein neues Stück einstudiert und heute ausnahmeweise lange in seinem Bureau zurückgehalten worden war. Eigentlich hieß er Wieteneff, da er aber zu diesem Namen niemals rechtliches Vertrauen gehabt hatte, so war er in seiner Buntaloe aus der Niederung öhmlich in die Höhe gestiegen, bis er die Burg mit dem Horst entbedt hatte und beide Silben durch einen romantischen Kitz verbunden.

„Nun, wie geht's, verehrter Dichter? Wie macht sich die Sache?“ fragte er in seinem harten Deutsch, das ihn auf das schöne Ungarn verwies. „Man sagte mir, daß Sie die Regie selbst führten. Recht so! So etwas liebe ich an den Herrn Dichtern, wenigstens an den bedeutenden.“ Er war zwar sonst grundsätzlich anderer Meinung, diesem Millionärsohn jedoch durfte er eine Auszeichnung nicht verjagen; denn er hatte ihn mit einer hübschen Kauale festgelegt, die ihm nicht nur ein ausverkauftes Haus sicherte, sondern auch gewisse hochberechnete, außerordentliche Unkosten, womit er allein schon die Speise eines Tages hätte decken können. Während er sprach, strichen die klugen Augen über sämtliche Plätze, als wollte er sich noch von ihrer Anwesenheit überzeugen. „Hören Sie, mein Vetter, das wird Sie interessieren — schon in Rücksicht auf meine Vielbegehrtheit“, begann er wieder mit seinem Geldeorgan, nachdem Silvester sich für die gute Meinung bedankt hatte: „Da war neulich jemand bei mir, der Sie absolut für die nächste Zeit ausmieten wollte. Wenn ich nicht ein Mann von Wort wäre, wissen Sie — ich hätte wahrhaftig doppelte Nacht bekommen können. Nach niemals hat die Privatdichtkunst so geföhrt wie jetzt.“

In der Tat hatte Sinders unter einem andern Namen vorfichtig Föhlung bei ihm genommen, ob man nicht gerade jetzt das Theater für ein Wohlthätigkeitskomitee, dem es auf den Preis nicht ankomme, während der Nachmittage bekommen könne.

Silvester, völlig ahnungslos, lachte nur gefällig, daß

kommen, in dessen Hause er eine Dienstwohnung hatte. Aber Kehl hat sich leider das Verhalten des Verstorbenen nicht verbessert. Die übrigen Gendarmen der Station Kehl, seine eigenen Kameraden, haben Veranlassung genommen, ihm zuzureden. Auch seine Ehefrau hat sich im Anfang des Aufenthaltes in Kehl noch bei den übrigen Gendarmen über das Verhalten ihres Mannes, über seine Neigung zum Trunk, beschwert; später, als sie merkte, daß der Wachtmeister darauf besonders acht, sind allerdings diese Klagen unterblieben. Es sind nun sämtliche Gendarmen der Station Kehl durch den Distriktskommandanten einvernommen worden und es hat sich keineswegs ergeben, daß der verstorbene Gendarm Kaupp etwa von dem Wachtmeister ungerecht behandelt worden ist. Er ist allerdings öfters ermahnt worden, in seinen dienstlichen Leistungen sich zu bessern; dazu lag aber aller Grund vor. So hat z. B., um auf den Wirtshausbesuch zurückzukommen, der eine Gendarm bei der Einvernahme angegeben, daß Gendarm Kaupp eines Morgens binnen einer Viertelstunde in vier Wirtshäusern gewesen ist, und festgestellt, daß er in zwei Wirtshäusern je zwei Glas Bier und einen Steinhäger getrunken hat. Ich glaube, daß ich nicht mehr befehlen muß, um zu charakterisieren, daß er eben intolerant gegenüber dem Alkohol war. Die letzte Veranlassung, die den Gendarm Kaupp zu diesem unseligen Schritt gebracht hat, war auch wieder eine Dienstnachlässigkeit. Er hatte in einer Unterschlagungs- Erhebungen zu machen und es wurde ihm bei dieser Gelegenheit ein Pfandschein, der ein wichtiges Ueberführungsstück war, übergeben. Der Wachtmeister, der davon Kenntnis hatte, sich aber nicht genau daran erinnern konnte, frag ihn danach, er aber stellte es in Abrede, daß ihm der Pfandschein überhaupt gegeben worden sei. Nachher kam eine Frau, die mit der Sache zu tun hatte, zum Wachtmeister, und es stellte sich bei der Gegenüberstellung mit dem Gendarm Kaupp heraus, daß der Pfandschein in seinen Händen war, was er, trotzdem er es früher abgeleugnet hatte, zugeben mußte. Ein anderer Gendarm sagte ihm daraufhin, er könne doch in redliche Unannehmlichkeiten kommen, er könnte womöglich noch in den Verdacht einer Unterschlagung geraten, und das war der letzte Anlaß dazu, daß der Gendarm Kaupp den Entschluß faßte, sich selbst das Leben zu nehmen.

In den Preberörterungen ist die Rede davon gewesen, daß der Wachtmeister den Gendarmen Kaupp in übertrieben Weise zu Griffübungen herangezogen hat. Es besteht eine allgemeine Anordnung des Korpskommandos der Gendarmen vom Jahre 1910, wonach die Griffübungen, die früher in größerem Umfang stattgefunden haben, wesentlich eingeschränkt werden. Es wird nicht mehr marschiert und es werden Griffe nicht mehr geübt, die nicht mit der eigentlichen Handhabung der Waffe zusammenhängen, sondern es werden nur noch diejenigen Griffe geübt, die erforderlich sind zum Baden, zum Anschlag und zum Aufpflanzen des Patagans, und diese Griffe werden auch bei der Bezirksversammlung nur etwa eine Viertelstunde lang geübt. Voraussetzung ist allerdings, daß die Gendarmen, die ja früher alle Soldaten gewesen sind, sich auch bemühen, diese Griffe und Übungen ordentlich auszuführen. Sie sind deshalb angewiesen, auch zu Hause von Zeit zu Zeit diese Griffe zu machen. Nun hat offenbar Gendarm Kaupp das nicht getan und er war deshalb nicht in der Lage, die Übungen so auszuführen, wie sie gewünscht wurden. Ich darf vielleicht auch erwähnen, daß die übrigen Gendarmen sagen, daß er oft wegen Zitterns nicht einmal in der Lage war, richtig zu schreiben. Damit wird es ja wohl auch zusammenhängen, daß er nicht in der Lage war, die Übungen richtig auszuführen. Die Folge davon war die, daß der Wachtmeister den Gendarm Kaupp mehrfach nach der Bezirksversammlung in der Weise überließ, daß ein Gendarm ihm die Griffe vormachte und er die Griffe noch einmal nachmachte. Auch ist es mehrfach vorgekommen, daß bei den täglichen Rapporten Gendarm Kaupp einige Übungen machen mußte. In der Presse war auch davon die Rede, daß die Übungen soweit fortgesetzt worden seien, bis das Fleisch in Fäden von den Fingern hing. Das ist selbstverständlich nicht der Fall gewesen. Ein einziges Mal hat sich Gendarm Kaupp an einer scharfen Kante des Karabiners den Finger verletzt, so daß dieser etwas gebuldet hat. Darauf hat der Wachtmeister sofort gesagt: „Tut es Ihnen weh, dann hören Sie sofort auf.“ Gendarm Kaupp hat darauf erwidert: „Nein, das macht gar nichts,“ und hat selber weiter geübt. Es kann ja sein, daß der Gendarm dann in den Wirtshäusern die Sache erheblich anders dargestellt hat, weil er getrunken hat, daß ihn eventuell in kurzer Zeit die Dienstentlassung, die ihm bei der Besetzung nach Kehl wegen seines früheren Verhaltens schon angedroht war, treffen würde.

Unser Abgeordneter Gen. Willi erwiderte darauf: Wir haben gestern einen Fall angehört können, wie auch in kleinen Städten und auf dem Lande draußen mandemal die Gendarmen behandelt werden. Es ist heute von Seiten des Regierungsvertreters gesagt worden, daß die Ausführungen, die der Herr Kollege Dietrich gestern gemacht hat, am Ende besser unterblieben wären im Interesse des verstorbenen Gendarmen Kaupp. Dazu möchte ich mir die Bezeichnung erlauben, daß mir die Unterjudung durch das Distriktskommando in keiner Weise als genügende Unterlage

aber dabei an die Konventionalstrafe in seinem Verträge, die für beide Teile gleich abgemogen war.

Es fiel auch Burghorst garnicht ein, den honetten jungen Mann mit dem weltbekanntem Namen irgendwelche Unbequemlichkeiten zu verursachen; denn diese Radnmitagsvorstellung versprach etwas Außergewöhnliches: den Sammelpunkt der großen Welt, der Klubs und all jener vornehmen Nichtstuer, über die allein die Pressevertreter schon ihre Glossen machten, falls über das Stück nicht viel zu sagen war. Um so länger wurde die Brähe, die das Publikum dann begierig auskiffelte, immer die Klame für das Theater vor Augen.

„Sagen Sie, mein Verehrter, was machen Sie später mit den Dekorationen?“ fuhr er fröhlich fort, da es für ihn selbstverständlich war, daß mit einer derartigen Erlaubnisführung nicht nur die Hoffnungen des Dichters, sondern auch alle seine Aufwendungen begraben würden. Er hatte Silberster auf seine Theatermale empfohlen, wobei er ganz gehörig auf die Kosten gekommen war; und so hoffte er noch weiter in diesem Bestreben zu gehen, indem er die kostbaren Stücke, die so schön auf seine Bühne paßten, gleich gegen ein Billiges hier befehle.

Silberster fühlte sich gekränkt. „Ja denke, Sie werden das Stück doch des Abends geben, wenn es Erfolg hat,“ sagte er, vergaß aber dabei nicht, den Wink zum Beginn der Proben zu geben.

Burghorst sah ihn mit seinen wässerigen Augen verständnislos an, und um sich zu sammeln, schmeifte er ab: „Sagen Sie, mein Bester, lassen Sie auch kein unnützes Volk hier herein? Man hat mir früher schon mal die Pflichtenbezüge abgekümmert, als ein anderer Dilettant.“ Silberster, schwer gereizt durch das „Dilettant“, unterbrach ihn müde. „Herr Direktor, ich pflege keinen Verkehr mit Hausräubern zu haben; sie konnten höchstens in Ihrer Nähe zu suchen sein.“

für die Beurteilung des Falles erscheinen kann. Ich habe Material in Händen und bin bereit, der großh. Regierung Zeugnisse zu benennen, die erklären werden, daß nicht nur der Gendarm Kaupp, sondern auch andere Gendarmen in Kehl sich über den Wachtmeister Gähler bitter beschwert haben, ja daß einzelne ihre Verletzung beantragt haben, nur um aus dem Kommando des außerordentlich schneidigen Wachtmeisters wegzukommen. Ich will zugeben, es mag notwendig sein, daß der Gendarm vertraut bleibt mit seiner Waffe, daß es notwendig für ihn ist, hin und wieder Übungen vorzunehmen. Aber ich bezweifle, daß es notwendig ist, daß die Gendarmen 1½ bis 2 Stunden lang mit Griffübungen beschäftigt zu werden und daß man dabei die Leute schändet und plagt, daß sie schwitzen. Ich meine, das ist nicht notwendig, um den Leuten den Gebrauch ihrer Waffe möglich zu machen und sie vertraut mit ihrer Waffe zu erhalten. Ich möchte bitten, daß der Fall streng untersucht wird und alle Zeugen gehört werden, die ich später der großh. Regierung begründen werde. Ich möchte aber auch bitten, daß man vom Inhalt des Briefes des verstorbenen Gendarmen, den er hinterlassen hat, der meines Wissens dem Distriktskommando überlassen wurde, und der sich jetzt vielleicht in den Händen der Regierung befindet, dem Hause Kenntnis gibt.

Es schien uns notwendig, zur Aufklärung der Sache insbesondere die Meinungen des Vertreters der Behörde unsern Lesern im Wortlaut bekanntzugeben, nachdem wir den Fall angeschritten haben. Die Maßnahmen des Gendarmenkommandos gegen Kaupp erscheinen hiernach allerdings in einem andern Licht. Insbesondere, könnte, wenn die behördliche Darstellung über die Veranlassung Kaupps richtig ist, der Vorwurf einer „Mißhandlung“ an dem Tode Kaupps nicht aufrecht erhalten werden. Gegen Kaupp spricht insbesondere seine Strafverfolgung nach Kehl. Aber hierbei muß man doch die Frage aufwerfen: Gilt der Gendarm Kaupp Kehl unter dem Kommando Gählers als eine Art Strafkompanie für die Gendarmen? Wachtmeister Gähler meint doch das Griffe klopfen mehr forciert zu haben, als es bei Gendarmen mit 10 und 15 Dienstjahren angebracht und auch notwendig ist. Immerhin muß man das Resultat der Untersuchung abwarten müssen, bevor man sich ein abschließendes Urteil bilden kann. Diese wollen wir abwarten und werden dann auf die Sache nochmals zurückkommen.

Gerichtszeitung.

Die Methyloholbetrugungen vor Gericht.

Nach zweitägiger Unterbrechung war am Samstag der Prozeß wieder aufgenommen worden. Auf Antrag der Verteidigung waren sämtliche Zeugen und Sachverständige nochmals erschienen. Es kam wiederum zu Reibereien zwischen den Vorstehenden und der Verteidigung, so daß schließlich R. A. Werthauer eine Ordnungsstrafe von 100 Mk. erhielt. Da der Vorstehende auf Beschwerde eines Sachverständigen, er höre von seinem Platte aus nichts, ausrief: „Dann muß die Presse raus!“ stellten die Vertreter der gesamten Presse ihre Tätigkeit ein und verließen den Saal.

Berlin, 23. April. Die Verhandlung im Schmach-Krogeß wurde heute wieder aufgenommen. Da der Vorsitzende, Landgerichtsrat Brieskorn es unterließ, seine in der letzten Sitzung gemachte Äußerung gegen die Presse zurückzunehmen, beschloßen die Gerichtsbeisitzer sämtlicher Zeitungen einmütig, den Verhandlungen auch späterhin fern zu bleiben.

Nahrungsmittelfälschung. Nahezu die ganze Schöffengerichtsitzung des Amtsgerichts Emden endigen am Dienstag war mit Verhandlungen ausgefüllt wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz. Im ganzen hatten sich 11 Milchproduzenten und Händler vor Gericht, in Böhlingen, Mülterdingen und Nimburg zu verantworten, weil sie teils gewässerte, teils hochprozentig schmutzige Milch zum Verkauf gebracht hatten, die in Freiburg anlässlich der Milchkontrolle durch das städt. Untersuchungsamt beanstandet worden war. Sämtliche Angeklagten wurden zu Geldstrafen bis zu 60 Mk. verurteilt, auch wurde in allen Fällen auf Veröffentlichung der Urteile erkannt, damit, wie der Vorsitzende hervorhob, die Konsumenten darüber aufgeklärt werden, wer unvorschriftsmäßige Milch liefert.

Das Mühlheimer Eisenbahnunglück. Nach Meldungen hiesiger Blätter wird das Mühlheimer Eisenbahnunglück vom 17. Juli 1911 im nächsten Monat die hiesige Strafkammer beschäftigen. Es findet am 17. Mai Verhandlung gegen den Lokomotivführer K. Plate aus Lauf, den Zugmeister J. Bähr aus Leimen und den Referendar M. Mannle aus Ulroffen wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Gefährdung eines Eisenbahntransportes statt. Für die Verhandlung sind 8 Tage in Aussicht genommen. Der Zutritt zum Sitzungssaal wird nur gegen Eintrittskarten gestattet.

Irgendwo in einer Ecke siderte man. Und sofort brüllte Burghorst los: „Wer wagt es da, zu lachen, wenn ich hier ernste Dinge bespreche, he? Wer ist das? Man zeige sich.“

Nun lachte Silberster, dann sagte er freundlich: „Bester Direktor, das ist augenblicklich mein Reich, indem ich herdrehe. Um sechs sind Sie wieder dran.“

Burghorst stetzte das ruhig ein, spielte aber den Zerstreuten. „Wichtig, richtig, Sie haben das Theater ja gemietet. Entschuldigen Sie nur, verehrter Herr Trost, aber man hat den Kopf so voll.“ Dann nahmen seine Gedanken wieder eine andere Richtung. „Hören Sie, was die Abendvorstellungen anbetrifft, so könnte man vielleicht — wenn der Erfolg nur einigermaßen — das Stück künftlich halten, indem man das Haus watterte. Wissen Sie schon, mein Bester, was ein wattertes Haus ist? Nein? Man stopft die leeren Plätze entweder mit Freibillets oder mit Vereinen aus.“ Und danach schraubte sich sofort seine Stimme. „Aber das habe ich, Gott sei Dank, nicht nötig.“ „Wer laßt denn da schon wieder?“ unterbrach er sich aufs neue. „Rutner (so hieß der Inspeizient), sorgen Sie doch für Ruhe!“ Seine Stimme sank dann zu Silberster. „Man könnte es bei Ihrem Namen vielleicht riskieren, denn für Talente habe ich immer etwas übrig. Immer. Uebernehmen Sie doch einfach das Manko, mein Bester. Was kommt's Ihnen auf zwanzigtausend Mark mehr oder weniger an! Das bleibt natürlich unter uns.“

Ihr Dichterrubm aber grünte weiter. „Sagen Sie doch: Was ist's denn eigentlich? Eine Tragödie oder Komödie? Ist es historisch oder modern? Ah, ich sehe schon; modern. Das kann man bei den Arrangierproben niemals gleich sehen. Lassen Sie doch die Leute einmal reden, damit man's hören kann.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 19. April.

Ein missglückter Schwindel. In dem „Generalanzeiger für Philatelie“ schrieb seiner Zeit ein hiesiger Wartenammler seine sehr wertvolle, durch jahrelange sorgsame Tätigkeit entstandene Wartenammlung zum Verkauf aus. Er wollte dieses Werk seiner philatelistischen Neigungen an einen Liebhaber verkaufen, weil er nicht wünschte, daß es auseinandergerissen und die seltenen Stücke seines emsigen Sammlerleibes in den Handel kommen sollte. Auf das Inserat hin meldete sich der in Oppeln wohnhafte Kaufmann Max Härtel aus Breslau. Er kam hierher, suchte den Besitzer der Sammlung auf und stellte sich ihm als wohlhabender Geschäftsmann vor. Er machte über seine Vermögensverhältnisse die günstigsten Angaben, und zwar in einer Darstellung, daß alle seine Mitteilungen durchaus glaubhaft erschienen. Auf Grund der zwischen dem Sammler und Härtel gepflogenen Verhandlungen kam eine Einigung zu Stande, nach welcher Härtel die Sammlung für 35 000 Mk. kaufte. Es wurde ferner vereinbart, daß er 15 000 Mk. anzugabte hatte, während für den Rest von 20 000 Mk. Kredit gewährt werden sollte. Nachträglich stiegen dem Verkäufer doch über den Kaufabschluss Bedenken auf und er zog genauere Erkundigungen über Härtel ein. Da stellte sich nun heraus, daß dieser eine zahlungsunfähige und kreditunwürdige Persönlichkeit war, die es darauf abgesehen hatte, in den Besitz der wertvollen Sammlung zu kommen, um sie in ihrem Lausen zu veräußern. Der Sammler strengte deshalb sofort beim Oberlandesgericht eine Klage auf Aufhebung des Kaufvertrages an. Das Gericht, das der Auffassung war, daß es sich bei dem Kaufe der Wartenammlung um einen von Härtel beabsichtigten Betrug handelte, verurteilte die Staatsanwaltschaft, welche ihrerseits eine Untersuchung gegen Härtel einleitete. Das Ergebnis derselben führte zu einer Anklage gegen Härtel wegen Betrugs. Dieser hatte sich nun vor der Strafkammer zu verantworten, welche ihn zu 2 Monaten Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe verurteilte.

Teueres Meilen. Einem in der Hängingerstraße wohnenden Händler entwendete der schon mehrfach vorbestrafte Tagelöhner Georg Hambrecht aus Kirchheim 50 Kilo Meilen und verkaufte es an einen anderen Handelsmann. Der Angeklagte erhielt für seine Tat 3 Monate Gefängnis, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft.

Aus der Partei.

Zur Neuwahl des Sekretärs der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tragen wir nach, daß der auf seinen Wunsch ausgeschiedene Genosse Gumbold sich von jetzt ab nur noch ausschließlich der Verwaltung des Parteiarchivs widmet, das wesentlich ausgebaut werden soll.

Kronprinzenbeleidigung. Wegen Beleidigung des Kronprinzen hatte sich der Parteisekretär Gen. Scheide in Bochum am Mittwoch vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Scheide hatte im Dezember vorigen Jahres in einer Reichstagswählerversammlung u. a. sich mit dem Eingriff des Kronprinzen in die Marokkopolitik der Reichsregierung beschäftigt und in diesem Zusammenhang auch an die Jugendlichkeit des Herrn erinnert und daran, daß sich der Kronprinz bereits früher einmal in beleidigender Weise über die Sozialdemokratie geäußert habe. In der Hitze des Gefechts sind dann Äußerungen gefallen, die von der Anklagebehörde als Beleidigungen des Kronprinzen aufgefaßt worden sind. — Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Monat, wobei es als strafmildernd in Betracht zog, daß die Äußerung in der Hitze des Wahlkampfes gefallen sind.

Fortschritt der Parteipresse. Im Verbreitungsbezirk des „Halleischen Volksblattes“ wurden seit dem 1. Juli v. J. in ländlichen Orten und kleinen Städten 44 neue Filialen errichtet. Da von jeder dieser Filialen durchweg noch zwei bis fünf Nachbördörfer durch Austräger mit der Zeitung versorgt werden, so ist diese neueste Ausbreitung des Blattes ein ganz bedeutender Vorstoß in weite, bisher vom „Volksblatt“ unberührte Gebiete. Das „Halleische Volksblatt“ nahm in der angegebenen Zeit an 6500 Abonnenten zu. Den Hauptteil dieses Aufschwunges brachte naturgemäß die Reichstagswahlbewegung und die im Anschluß daran in zahlreichen Orten des Bezirkes einsetzende planmäßige Hauszitation.

Die „Frankische Volkstribüne“ in Dautrecht, die seit dem 1. Juli in einem neuerbauten Druckereigebäude und mittels Rotationsbuchs in vergrößertem Format hergestellt wird, hat eine Auflage von 8000 Exemplaren erreicht; das ist eine Vermehrung der Auflage um 5000 Exemplare seit der vor 3½ Jahren erfolgten Umwandlung vom Kopfsblatt zur selbständigen Zeitung.

Forst, 25. April. Die am vergangenen Samstag stattgefundene Versammlung des sozialdem. Vereins nahm einen sehr befriedigenden Verlauf. Die Mitglieder waren fast vollständig erschienen. Das instruktive Referat des Genossen Dietrich-Karlsruhe über „Die politischen Zustände Deutschlands“ fand lebhaften Beifall. An der Diskussion beteiligten sich Gen. Krichbach aus Bruchsal, der Gen. Bajer und der Vorsitzende. Am ersten Mai findet eine Zusammenkunft der Genossen im „Schwanen“ statt. Am Sonntag, 5. Mai, findet ein Ausflug statt nach dem Schönbühl. Die Bruchsaler Genossen werden sich auch dort einfinden.

Untergrombach, 23. April. Am letzten Sonntag fand im Gasthaus zum „Läwen“ eine gut besuchte Wählervereinsversammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung hatte erfreulicherweise die große Mehrzahl der Parteigenossen in die Versammlung geführt. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung wurden alle eingehend besprochen, insbesondere fand bei der Frage: Unsere Stellungnahme zur Gemeinderatswahl“ eine umfangreiche Diskussion statt. Nach den verschiedenen Schilderungen der von unseren Gegnern in gemeiner und charakterloser Weise uns aufgedichteten Verdächtigungen, um unsere Parteileitung sowie auch Kandidaten vor den Wählern in Mißkredit zu bringen, kam die Versammlung einstimmig zu dem Beschluß, allen derartigen Anschuldigungen sofort entgegenzutreten, um den Selben der zentrums-kristlichen Mächten einen gehörigen Denkfettel zu geben. Die Wahlarbeiten wurden einer Kommission übertragen. Sämtliche Parteigenossen bekundeten, nach Kräften mitarbeiten zu wollen.

Betr. Raifeier wurde beschlossen, am 1. Mai abends im Parteilokal gemeinsam mit dem Arbeiterjugendverein „Bruderbund“ eine gefällige Unterhaltung mit Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai als Weltfeiertag zu veranstalten.

Beingarten, 25. April. Raifeier. Am Mittwoch, 1. Mai, abends halb 9 Uhr, findet im „Lamm“ unsere diesjährige Raifeier statt. Der Arbeiterjugendverein „Bruderbund“ sowie die Kapelle des Infanterieausübungsvereins (Feuerwehrkapelle) werden hierbei mitwirken. Die Festrede hält Genossin Blase aus Rammheim. Wir laden unsere Gefinnungsgenossen nebst ihren Angehörigen zu recht zahlreicher Beteiligung ein.

Werftet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Der bayerische Jesuiten-Erlaß im Reichstag.

7. Sitzung vom 26. April 1912.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Kühn, Graf v. Lerchenfeld und zahlreiche andere Bundesratsvertreter.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Berichte der Wahlprüfungskommission.

Die Wahl der Abgeordneten (Soz.), Angerpointner (Ztr.), Dr. Belzer (Ztr.), Meyer (natl.) und Klor (Ztr.) werden für gültig erklärt.

Es folgt die Interpellation Wassermann über den bayerischen Jesuitenerlaß.

Abg. Dr. Junck (natl.) begründet die Interpellation: Der Erlaß des bayerischen Ministeriums ist eine auffallende Verletzung eines Reichsgesetzes. Vertrauliche Erlasse sind gesetzlich als nicht vertraulich. (Sehr gut links.) Solange ein Reichsgesetz besteht, haben die Einzelstaaten in Treue und Gehorsam gegenüber dem Reiche das Reichsgesetz auch seinem Geiste nach zu erfüllen. Die Überwachung der Durchführung der Reichsgesetze gehört zu den Dienstpflichten des Reichsanwalters. Der Bundesrat kann nur sprechen, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen der Zentralgewalt und einem Bundesstaat vorhanden sind. Hier liegt zweifellos ein Konflikt zwischen Reich und Einzelstaat vor. Es wäre mit dem Reichsanwalt unvertretbar, wenn sich gewissermaßen ein königlich preußisches und ein königlich bayerisches Jesuitenrecht herausbilden sollte. Die Aufhebung gegen das Reichsgesetz wird geschildert und das ist die besonders gefährliche. Nebenher führt aus dem Wortlaut des Gesetzes aus: eine mildere oder strengere Anwendung des Gesetzes ist nicht zulässig. Entschieden Widerspruch müsse man aber erheben, daß es von den jeweiligen Verhältnissen abhängen soll und vor allem erheben wir Widerspruch dagegen, daß etwa die politischen Verhältnisse maßgebend sein sollen. (Sehr richtig links.)

Es handelt sich auch um politische Gründe. Herr v. Hertling erklärt, es sei eine Erbschaft seines Vorgängers, aber es ist sein eigener Entschluß, daß er jetzt mit diesem Erlaß in die Öffentlichkeit tritt. Die Interpellation soll einer Beunruhigung im Volke Ausdruck geben. Es handelt sich um den konstitutionellen Frieden. Das Überwachungsrecht des Reiches muß ausgeübt werden mit der notwendigen Wachsamkeit. (Beifall links.)

Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg: Nach der Ausführungsverordnung zum Jesuitengesetz ist den Angehörigen des Ordens die Ausübung einer Ordensstätigkeit, insbesondere in Schulen und Schulen, nicht zu gestatten. Ergänzende und abändernde Anordnungen sollten selbstverständlich getroffen werden, wenn im Laufe der Zeit auf Grund der Erfahrungen sich die Notwendigkeit herausstellen sollte. Eine bestimmte Definition des Begriffes Ordensstätigkeit war bisher vom Bundesrat nicht gegeben worden. Trotzdem ist die Auslegung dieses Begriffes bis in die neueste Zeit in sämtlichen Bundesstaaten im wesentlichen eine gleiche gewesen. (Hört, hört!) Darnach hat man jede Art dieser seelsorgerischen Tätigkeit, jede Art von priesterlichen Funktionen als Art der Ordensstätigkeit betrachtet und nur Kränkungen mit dem Charakter von Familienfeiern, stille Messen, Sterbesakramente für zulässig erachtet. Konferenzvorträge religiöser und sozialer Inhalts sind unter gewissen Voraussetzungen tatsächlich zugelassen oder gebildet worden, sofern sie in profanen Räumlichkeiten stattfanden. Die bayerische Regierung ist zu einer anderen Auslegung gekommen und eine so verschiedene Auslegung und Anwendung eines Reichsgesetzes ist selbstverständlich nicht anständig. Ich habe deshalb gleich an die bayerische Regierung das amtliche Schreiben geschrieben, mir den Wortlaut der in der Presse als geheim bezeichneten Anordnung mitzuteilen. Sie ist diesem Schreiben nachgekommen und hat mich unmittelbar darauf wissen lassen, daß sie beabsichtigt, beim Bundesrat einen Antrag auf Definition der verbotenen Ordensstätigkeit zu stellen. Der Antrag liegt dem Bundesrat vor. Bis zum Ergehen des Bundesratsbeschlusses ist § 1 des Jesuitengesetzes im ganzen deutschen Reich auf Grund der bestehenden Übung gleichmäßig anzuwenden. Nach dieser Zeit wird der vom Bundesrat gegebene Bescheid die einheitliche Grundlage bilden. Nach dieser Sachlage meine ich, ist die Diskussion über den Begriff Ordensstätigkeit oder verbotene Ordensstätigkeit der beschriebenen Bundesratsstellung vorzuziehen. (Sehr richtig und Beifall.)

Bayerischer Gesandter Graf Lerchenfeld: Ich konstatiere, daß meine Regierung bei dem Erlaß der festen Überzeugung war, daß sie sich innerhalb des Rahmens des Reichsgesetzes gehalten hat. Gleichzeitig mit dem Erlaß und vor dem Erlaß hat die bayerische Regierung sämtliche Bundesregierungen ihre Auffassung der Sache angezeigt. Nachdem diese Bedenken gegen den Erlaß aufgetreten waren, hat die bayerische Regierung sich an diejenige Stelle gewandt, welche dazu berufen ist, Reichsgesetze auszulegen. Der Bundesrat ist dazu kompetent auf Grund der Reichsverfassung und auf Grund des Jesuitengesetzes. Der Bundesrat hat jetzt das Wort und ich glaube, daß alles weitere, was vom Bundesrat ausgeht, ausgenutzt werden würde, dem Beschlusse des Bundesrats vorgreifen würde. Ich glaube, die bayerische Regierung ist in dieser Sache so verfahren, wie sie verfahren konnte. (Lachen bei den National-Liberalen.) Sie hat ihre Auffassung vertreten, hat aber nicht bestritten, daß auch andere Auffassungen bestehen können.

Die Beipredung der Interpellation wird auf Antrag Wassermann (natl.) gegen die Rechte beschloffen.

Abg. Bloß (Soz.): Wir haben das Gesetz immer als Ausnahme-gesetz betrachtet und haben keine Beseitigung verlangt. Man sollte wirklich einmal diesen Riß aus der Zeit des Kulturkampfes beseitigen. Zustimmung bei den Sozialdem. und im Zentrum. Dieses Gesetz hat keinen Zweck und hat auch niemals einen Zweck gehabt. Der bayerische Ministerpräsident hat nun eine Nachprüfung des Gesetzes vorgenommen und große Sorgen hat uns das nicht gemacht. Aber wir dürfen die Konsequenzen nicht vergessen. So leicht, wie der bayerische Bundesratsbevollmächtigte die Sache beurteilt, ist sie doch nicht. (Zustimmung.) So leicht kann man Reichsgesetze nicht nehmen, wofür sollte das führen? Die Jesuitenkaufleute hat in den Erlässen wahre Triumphe gefeiert (Sehr richtig links.) und es sollte mich gar nicht wundern, wenn mir gesagt würde, der Erlaß sei von Mitgliedern des Jesuitenordens selbst gemacht worden. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir sind ja dafür, daß den Mitgliedern dieses Ordens volle Koalitionen, und Redefreiheit gewährt wird, aber solange ein Gesetz besteht, muß es auch gehalten werden. Das wollen wir besonders betonen in einem Augenblick, nachdem wir gefahren haben, daß von einer großen Fraktion einem Minister vorgeworfen worden ist, er treibe an der Spitze der Gesetze. Allerdings sind wir immer der Überzeugung gewesen, daß man das Gesetz überhaupt nicht als Gesetz ernst genommen hat. Wollte man die Jesuiten wirklich ernstlich bekämpfen, hätte man andere Mittel gehabt. Bei der Sozialdemokratie, die ja bei der Regierung noch weniger beliebt ist als die Jesuiten, würde man wohl andere Mittel angewandt haben. Wenn wir einen sozialdemokratischen Orden gründen wollten, so würden bald tüchtige Befolgungen auf uns herabregnen. Die Einführung des Jesuiten-

gesetzes beruhte auf der Erzählung vieler Anekdoten, die seitens der liberalen Blätter über die Jesuiten verbreitet wurden. (Seiterkeit und Sehr richtig.) Wenn man heute die Begründung durchliest, müßte sie einem wie ein Märchen an (Sehr richtig!) Es muß aber auch heute darauf hingewiesen werden, daß die Jesuiten in Preußen einmal Viehfind waren. In den fünfziger Jahren war der General von Madaus ein hervorragendes Mitglied des Jesuitenordens, und der leitete damals die Politik Preußens. (Seiterkeit.) Also, so besonders ernst hat man diese staatsgefährlichen Jesuiten nicht immer verfolgt. Wenn eine Sammlung gegen die Sozialdemokratie stattfinden wird, so wird man wohl auch die Jesuiten bei den sogenannten staatsverfallenden Parteien finden. (Seiterkeit.) Das hat Graf v. Bethmann-Hollweg der Regierung auch immer gesagt und sie gebeten, die Jesuiten als Stützen der bürgerlichen Gesellschaft zuzulassen. Die Jesuiten haben dankbarweise auch die von den Katholiken ererbte Gesellschaftsordnung der Zukunft gestiftet. Dafür sind wir ihnen sehr dankbar. In späteren Zeiten wird man an die Jesuiten appellieren zum Kampfe gegen uns, und daß man ihnen jetzt besondere Vergünstigungen erweisen will, zeigen uns die reaktionären Bestrebungen, die im Gange sind. Aber obwohl wir wissen, daß die Jesuiten unsere größten Feinde sind, kann uns nichts davon abhalten, dafür einzutreten, daß dieses Ausnahme-gesetz endlich fällt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Zentrl.): Meine Partei wartet die Entscheidung des Bundesrats ab. Auch ich bin der Ansicht, daß man das Gesetz befristet muß, solange es besteht, auch wenn es ein ungerechtes Gesetz ist. Heben Sie den Paragraphen 1 des Jesuitengesetzes auf.

Abg. Graf Westarp (kons.): Nach den Erklärungen des Reichsanwalters hätte die Sache im wesentlichen nur verfassungsrechtliche, d. h. formale Bedingungen. Unser Standpunkt in dieser Frage ist unerschütterlich. Die bayerische Regierung hat sich nicht innerhalb des verfassungsrechtlichen Zustandes gehalten. Politisch bedenklich ist, daß eine gewisse Schwächung des Einheitsgedankens eingetreten zu sein scheint. Sonst wäre der Erlaß nicht auf möglich gewesen. Wir wollen alles vermeiden, was den Reichsgedanken schwächen könnte. (Beifall.)

Abg. Martin (Sp.): Die bayerische Auslegung widerspricht der bisherigen Praxis und weicht auch dem Sinne dieses Gesetzes ab. Ein Gesetz muß so ausgelegt werden, wie es gemacht worden ist.

Abg. Ortmann (natl.): Durch die Erklärung des Reichsanwalters ist die Beunruhigung nur noch stärker geworden. Wir befürchten, daß die Regierung zu viel nachgibt, daß der bayerische Kurs auf das Reich übertragen wird. (Lachen im Zentrum.) Das Zentrum strebt nach Macht und Einfluß, das wird auch im Bundesrat zum Ausdruck kommen. Die Frage ist noch ganz ungeklärt.

Abg. v. Morawski (Soz.): Wir haben hier wieder ein Stück Kulturkampf. Es handelt sich nicht um einen einzelnen Vorstoß, sondern um eine Kette von Ereignissen.

Abg. Gröber (Zentrl.): Das Jesuitengesetz ist kein Justizgesetze, sondern ein Verwaltungs-gesetz. Der Bundesrat sollte bei seiner Beratung genau prüfen, ob er überhaupt berechtigt ist, eine Ordensstätigkeit zu verbieten. Das Jesuitengesetz ist ein Ausnahme-gesetz und muß als solches strikt ausgesetzt werden. Das ist aber von Oberverwaltungsgericht nicht bestritten worden.

Abg. Mann (Soz.): Wir erwarten, daß das bayerische evangelische Interesse gewahrt wird, aber auch der konfessionelle Friede. Als evangelischer Christ bebaure ich tief die gefeierte Erklärung des Kriegsministers. Der Bundesrat muß einen geraden Ausweg finden, er darf keine gewundene Politik treiben, die man schließlich oder national nennt.

Abg. Junck (natl.) stellt in seinem Schlusswort fest, daß der Kanzler vor aller Welt festgesetzt habe, daß der bayerische Erlaß der bisherigen Praxis nicht entspricht und vermahnt sich gegen den Vorwurf des Kulturkampfes.

Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgt der Etat der Reichs-Eisenbahnen. In der fortgesetzten Aussprache fordert Abg. Vetter (Soz.), daß nicht nur Preußen, sondern auch Elsaß-Lothringen als Beamte eingestellt werden sollen. Bedauerlich ist, daß den Beamten der Versuch von Verarmungen verweigert wird.

Abg. Dr. Weill (Soz.) fordert die Verlegung der Verwaltung nach den Reichslanden. Das ist mit den strategischen Bahnen noch immer kein Ende? Wir werden die staatsbürgerlichen und Menschenrechte der Arbeiter mit aller Mächtigkeit verteidigen. Die Verwaltungsgrundfrage aber schlagen jedem demokratischen Empfinden ins Gesicht.

Samstag 11 Uhr Wetterberatung, ferner Kolonial-Stat. — Schluß 7 Uhr.

Soziale Rundschau.

Hauslach i. N., 18. April. Hier wurde nach einem Vortrag des bekannten Wohnungsreformers Dr. Kampffmeyer aus Karlsruhe ein gemeinnütziger Bauverein gegründet, welchem sofort 60 Mitglieder beitraten. Der Verein wird insbesondere kleinere Villen für pensionierte Beamte errichten, nach denen eine große Nachfrage besteht. Die Preisliste soll sich zwischen 8-10000 Mk. bewegen. Die Hauslach umgeben langsam ansteigenden vier Berge geben vorzügliche Panoramablicke ab. Die Beitrittsbedingungen sind außerordentlich günstig. Anfragen beantwortet bereitwillig der Vorstand des Bauvereins Hauslach i. N.

Ein Sterbefall für die Landwirte. Die badische Landwirtschaftskammer hat mit Genehmigung der Regierung eine Sterbefürsorge für die Landwirte und ihre Angehörigen gegründet, weil die Lebensversicherung in den Kreisen der Landwirte nicht recht Eingang findet und eine Unterstützung für das Ableben des Ernährers der Familie oder seiner Angehörigen dringend notwendig ist. Die Landwirtschaftskammer will nach dem „Schwäb. Merkur“ mit der Sterbefürsorge keinerlei Gewinn erzielen, sie wird vielmehr alle Ueberschüsse im Interesse der Versicherer verwenden, denen sie einen weitgehenden Einfluß auf die Geschäftsführung einräumt. Sie hat dem Unternehmen einen Gründungsfond zur Verfügung gestellt und gewährt ihm auch einen jährlichen Verwaltungsvertrag. Der Mindestbeitrag des Sterbefalles beträgt 100 Mk., der Höchstbeitrag 1000 Mk. Nachträgliche Erhöhung oder Herabsetzung des Sterbefalles ist zulässig. An jährlichen Beiträgen sind ebenfalls abzufürfen: nach dem Lebensalter Beiträge von 2 Mk. an für je 100 Mk. Sterbegeld zu entrichten, die bis 1150 Mk. ansteigen, wenn der Versicherungsnehmer das 60. Lebensjahr erreicht hat.

Die Techniker gesäubert werden. Unter dem hochklingenden Namen „Technische Lehranstalt Moabit“ eröffnet haben der „Ademilich geprüfte Ingenieur W. Hüper“ in Berlin NW, Oberbürgermeister 42 part., ein neues Unterrichts-Institut, in dem, wie es auf der Empfehlungskarte heißt, „Sandwerker, Mechaniker, Schlosser, Dreher, Formler, Modellfabrik, Zimmerer etc. in ihrer freien Zeit zum Monteur, Werkmeister, Formmeister, Maschinenmeister, Polier, Techniker“ ausgebildet werden sollen. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Schon die Art dieser Anbahnung wird genügen, demnach hierzu das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, um den Charakter des neu gegründeten Instituts in das richtige Licht zu setzen. Vielleicht interessiert es, wenn wir noch hinzufügen, daß der akademisch geprüfte Ingenieur sich den Forderungen seiner Schüler in jeder Richtung anbeugen will, ja daß er sogar schreibt: „Sachverständigen wird berücksichtigt.“ Interessant wäre es immerhin zu erfahren, ob etwa diesem Institut

auch die behobliche Konzeption erteilt worden ist. Soweit wir durch Augenblicke feststellen konnten, sind Unterrichts-Einrichtungen mit Ausnahme eines runden Tisches und diverser Stühle nicht vorhanden.

Vor dem Besuch solcher Anstalten ist natürlich auf das dringendste zu warnen. Sie führen nur dazu, daß die Ueberfüllung des technischen Berufes mit ungeeigneten Elementen, die heute schon eine Katastrophe ist, noch größer wird. An ein Besserwerden mit den dort erworbenen „Kenntnissen“ ist natürlich nicht zu denken.

Adern, 24. April. Die Generalversammlung der Orts-Franzosen-Kasse findet am kommenden Samstag, 27. April, abends halb 9 Uhr, im „Ostern“ statt. Die Tagesordnung ist keine umfangreiche. Aus dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht sei folgendes entnommen: Die Mitgliederzahl hat sich um 4 erhöht, die Einnahmen blieben um rund 2000 Mk. hinter denjenigen des Jahres 1910 zurück. Auch die Ausgaben sind geringer. Dem Reservefond konnten 500 Mk. zugeführt werden, er beträgt auf Jahresabschluss 27 500 Mk.; die Vermehrung betrug mit Zuführung und Zinsen 1482 Mk. Außerdem war noch ein Kassenvortrag von 897 Mk. vorhanden. Die Einkommensfälle sind wiederum gesunken, und zwar der männlichen Mitglieder von 250 auf 205, weibliche sind es 42. Fast die Hälfte davon entfallen auf Verletzungen. Es scheint, daß noch manches mit den Sicherheitsvorrichtungen im Argen liegt.

Sterbefälle sind zu verzeichnen: 8 männlicher und 2 weiblicher Mitglieder, und zwar starben an Lungenerkrankung 6, Herzleiden 1, Selbstmord 1.

Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Für Krankengeld 8008 Mk., ärztliche Behandlung 6106 Mk., Kurz- und Verpflegungsgeld 4320 Mk., Arznei und Heilmittel 3182 Mk., Verwaltung 2643 Mk., Sterbegeld 486 Mk. Für Spezialärzte wurde nur die geringe Summe von 87 Mk. ausgegeben; hierbei ist aber zu bemerken, daß die hauptsächlichsten Spezialbehandlungen in den Kliniken selbst stattfanden. Für Zahnbehandlungen wurde die außerordentliche Summe von 891 Mk. aufgewandt. Bei diesen Kosten spielen die weiblichen Kassensmitglieder die Hauptrolle. Kurz- und Verpflegungsgeld wurden u. a. bezahlt an das hiesige Spital 1041 Mk., an die Kliniken in Freiburg 1434 Mk.

Kommunalpolitik.

Bulach, 20. April. Die am letzten Donnerstag stattgefundene Bürgerauschuss-Sitzung hatte als einzigen Tagesordnungspunkt: Genehmigung des Haushalts für 1912. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 30 467 Mk., die Gesamtausgaben auf 51 057 Mk., somit verbleibt ein ungedeckter Aufwand von 21 400 Mk. Passiv entfallen auf die Altersauslage 6217 Mk. und auf die allgemeine Umlage 16 850 Mk. Diese ist folgendermaßen festgelegt: Eigenkapitalsumme 29 Pf. (10 609 Mk.), Betriebsvermögen 29 Pf. (1120 Mk.), Kapitalvermögen 14,5 Pf. (704 Mk.), Einkommensüberschüsse 46,4 Pf. (4196 Mk.).

Eine rege Diskussion fand bei der Beratung statt. Von unserer Seite sprachen die Genossen Feininger und Buch. Beide haben das stete Sinken der Einnahmen, auf der anderen Seite das Wachsen der Ausgaben hervor. Nachdem Gen. Feininger noch über einige Punkte Aufklärung verlangt hatte, sprach Gen. Buch über einzelne Einnahme- und Ausgabe-positionen. Er wies einigermassen die Behauptungen von Seiten des Zentrums zurück, die Sozialdemokraten seien schuld, daß die Umlage höher geworden sei. Er hob hervor, daß durch die Wirtschaftsweise in früheren Jahren, als noch die Mehrheit auf Zentrumsseite war, die Umlage hat wieder eingeführt werden müssen, und zwar gleich in einer exorbitanten Höhe (19 Pf.) und nebenbei eine Altersauslage von 60 Pf. Man habe deshalb keine Ursache, Behauptungen aufzustellen, die mit der Wahrheit nicht in Einklang zu bringen sind. Er zog einen Vergleich mit den Einnahmepositionen von 1908 und 1912 und referierte daraus, daß eben hierbei die Macht der Verhältnisse in Betracht käme. Das gleiche ist bei den Ausgaben der Fall. Hier käme allerdings noch weiter in Betracht, daß in früheren Jahren die Beiträge so eingestellt wurden, daß sie nur für die allernotwendigsten reichten, und somit viele notwendigen Aufgaben nollstinten. So sei eine Position vorhanden von 2000 Mk. für eine neue Feuerpritze, dieselbe sei aber schon vor fünf Jahren notwendig gewesen. Nachdem er noch die Ausgaben und Einnahmen des Hauses einer Beleuchtung unterzogen hatte, und auch der Feuerwehrrückmeldung zur Position Feuerpritze sich geäußert und einige Anfragen beantwortet waren, lehnte der Gemeinderat einen Antrag auf Herabsetzung einiger Positionen und damit Herabsetzung der Umlage ab mit der Begründung, daß die Positionen so aufgestellt wurden, daß es nicht zu viel und nicht zu wenig sei. Hieraus wurde der Voranschlag einstimmig genehmigt.

Ein weiterer Punkt, den der Vorsitzende, Bürgermeister Ziffer, zur Sprache brachte und Gehör fand, wurde durch weiteren Verkaufsbereitungen dem Gemeinderat überwiefen.

Verghausen, 20. April. Das sogenannte „Demokratische“ „Landesblatt“ hat sich einen Bericht über den Ausgang der Bürgerauschuss-Sitzung in unserem Orte schriftlich lassen. In der gemeinlichen Beschlüsse wird darin unsere Partei vorwiegend lobend erwähnt. Wir haben uns daher genötigt, gegenüber dem unwarharen Geschreibsel des Blattes noch einiges zu der Maß zu sagen.

Jede Partei gab einen Wahlspruch heraus, wobei es den Demokraten, aber wir wollen lieber sagen „Fortgeschrittenen“, das paßt besser für die Leute, wie der Ehrentitel „Demokrat“, vorbehalten blieb, die Bürgervereinigung und die Sozialdemokratie aufschloßte zu verdrängen. U. a. wurde behauptet, die Sozialdemokratie treibe einseitige Klassenpolitik. Diese Behauptung wurde in der am letzten Mittwoch abgehaltenen Wähler-versammlung einer berechtigten Kritik unterzogen bezw. dieser Vorwurf zurückgewiesen. Einige anwesende Fortschrittler suchten sich zu entschuldigen. Ein politischer Meinung schwach, nachdem er gewandt geworden, welche Erbitterung das Flugblatt hervorgerufen, die Schuld dem fortgeschrittenen Parteisekretär Dees in Karlsruhe zu. (Das war auch unsere Ansicht über die Verfälschung. Die Red.) Was glaubwürdiger Seite werden wir jedoch unterrichtet, daß die Anregung zu diesem Flugblatt und seiner darin bezüglichen Beschlüsse hier gegeben worden ist. Jetzt muß man sich zu drücken, nachdem man gesehen, was man angerichtet.

Der „Bad. Landesbote“ spricht auch von einem „Erfolg“ der fortgeschrittenen Partei. Dieser „Erfolg“ ist lediglich dem Wahlergebnis zuzuschreiben. In dem Artikel war weiter von 140 Stimmen die Rede. Man mag aber zählen wie man will, mehr wie 120 Stimmen für die Fortschrittlermannen bringt man nicht heraus. Allein das großartige Aufsteigen dieser Partei ist ja zu bekannt: Bruchweite 50 — — — 1. Oft kann man hier hören, wie diese Leute nur von „Sozialdemokraten“ oder „Genossen“ im politischen Tone sprechen. Diefelben „Genossen“ haben aber in hiesiger Gemeinde schon so manchem Fortschrittler in den Sattel helfen dürfen. Ob es jetzt wiederum gelingen wird, ist sehr fraglich. Die Arbeiterklasse läßt sich auf Verwünschungen nicht mehr ein.

Es trifft auch nicht zu, wenn in dem Artikel gesagt wird, die Fortschrittler wären von unserem Genossen Kurtz am heftigsten bekämpft worden. Der Referent kam erst in seinem

Schlusswort auf die unabweisliche Behauptung im fortschrittlichen Flugblatt, wir treiben einseitige Klassenpolitik, zu sprechen. Er gedachte sogar des beimgegangenen Führers Dr. Heimburger. Also immer hübsch bei der Wahrheit bleiben, wenn auch schwer fällt.

Wir können nur nochmals konstatieren, daß von unserer Seite wie auch vom Bürgerverein der Wahlkampf in anständiger Weise ohne Gefährdung geführt worden ist. Den ganzen Streit haben die hiesigen Fortschrittler in friedlicher Weise ohne jeden Grund vom Baune gebracht. Sie haben nicht den geringsten Anlaß, die gefürchtete Leberwurst zu spielen (das tun sie aber immer so. Die Red.). Ihr Verhalten wird aber schon noch seine gebührende Würdigung erfahren.

Neues vom Tage.

Schiffunglück.

Magdeburg, 25. April. Ein schweres Schiffunglück ereignete sich gestern Abend kurz vor 6 Uhr auf der Elbe. Oberhalb der großen Brücke in Magdeburg rief die Verankerung eines mit Stützgeräten beladenen Schiffes. Das Schiff trieb langsam und wurde gegen einen Brückenpfeiler geschleudert, an dem es erschellte. Das Schiff, das mit 5000 Zentnern beladen war, war in Meiningen beheimatet. Die Beladung des Schiffes konnte sich im letzten Augenblick retten.

Witoldenuehl.

Berlin, 26. April. Am großen Stern im Grunewald hat heute früh 5 Uhr zwischen zwei Studenten ein Witoldenuehl stattgefunden, das einen unblutigen Verlauf nahm.

800 000 Mark Unterbilanz.

Siegen, 25. April. 800 000 M. Unterbilanz wurden in dem Siegerer Ort Kirchen in der gestrigen Generalversammlung der Volksbank bei dieser festgestellt, die durch verkehrte Spekulationen herbeigeführt worden ist. Die Kirchener Volksbank ist eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung.

Partnerschaftlicher Selbstmord.

Straupitz (Spreewald), 25. April. Hier wollte ein Bauerngutbesitzer dadurch Selbstmord begehen, daß er sich vor einem Zuge auf die Schienen warf. Als er aber den Tod nicht fand, stürzte er sich in den See. Aus diesem wurde er jedoch herausgezogen. Schließlich schnitt sich der Lebensmüde mit einem Taschenmesser den Hals durch und fand endlich den Tod durch Verblutung.

Flieger-Absturz.

Leipzig, 25. April. Bei einem Übungsflug mit dem von der Heeresverwaltung angekauften Doppeldecker, der auf der Na ausgeführt war, stürzte gestern Bruno Wächner in Leipzig aus 6 Meter Höhe ab. Das Flugzeug wurde erheblich beschädigt. Wächner erlitt eine Armverletzung.

Bootsunglück.

Dona u. M., 25. April. Ein schweres Bootsunglück hat sich gestern auf der Sieggetragen. Ein Boot, in dem sich vier katholische Geistliche befanden, kippte um. Drei Geistliche konnten sich ans Ufer retten, während der vierte, Vater Witz aus Bochum, ertrank.

Arbeitererfitt.

Lodz, 25. April. In der Wobzawstraße stürzte ein im Bau befindliches fünfstöckiges Haus ein. Ein Arbeiter wurde getötet, vier Arbeiter wurden schwer, einer leicht verletzt. Man vermutet, daß zwei Arbeiter unter den Trümmern begraben wurden.

Witoldenuehl.

Wien, 25. April. Auf den Gumboldtwerken in Raß wurde vermutlich infolge Verstoßens des Anometers bei einer Druckprobe ein Arbeiter verpennt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt, doch er auf dem Wege zum Krankenhaus verstarb. Vier andere Personen, darunter der Betriebschef, wurden leicht verletzt.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 27. April.

Müßet zur Maifeier!

Wiederum ergeht der Ruf an die Arbeiterkassen zur Feier des 1. Mai. Ueberall rüftet sich das klassenbewußte Proletariat für seinen Tag. Die Arbeiterkassen Karlsruhes darf hinter der Gesamtarbeiterkassen Deutschlands und der ganzen Welt nicht zurückbleiben. Wer es irgend ermöglichen kann, wenn es ohne wirtschaftlichen Schaden möglich ist, der lasse am 1. Mai die Arbeit ruhen und beteilige sich an den Veranstaltungen der Gewerkschaften und der Partei. Am Vormittag treffen sich die Arbeiter im Gewerkschaftshaus, Kaiserstraße 13, am Nachmittag findet ein Ausflug nach Gröbblingen statt. Die Hauptfeier ist am Abend in der Festhalle. In dieser Feier muß die gesamte Arbeiterkassen Karlsruhes teilnehmen. Es muß eine gewaltige Demonstration für den Achtundzestag und für den Frieden geben. Arbeiter! Sorgt für einen Massenbesuch! Demonstriert in Massen! Sorgt dafür, daß der 1. Mai tatsächlich zu einem Arbeiterfeiertag werde.

Für die Schul-Entlassungsfeier.

welche der Jugendausschuß Karlsruhe am Sonntag, 28. April, nachmittags 4 Uhr, im Saale der „Alten Brauerei Ged“, Kaiserstraße 13, veranstaltet, ist folgendes Programm vorgesehen: Prolog: „Gesang der Jungen“ (Jugendgenosse Adam), Luersberger Maria (Gemischter Chor „Brüderbund“), Festspreche von Herrn Stadtrat Dr. Dieß, Erste Rezitationen (Herr S. Lindemann), Trennung, Mei' Herz'le (Gemischter Chor „Brüderbund“), Elfen-Gavotte, Frühlingshoffen, Konzert-Walzer („Freier Zitherklub“ Grünwinkel), Weitere Rezitationen (Herr S. Lindemann), Schlaf süß, mein holdes Engel du, Wer sitzt unter Aepfelbaum (Gemischter Chor „Brüderbund“), Freilübungen (ausgeführt von den Jünglingen der Freien Turnerschaft), Klage (Gemischter Chor „Brüderbund“). Wir ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, sich zahlreich mit ihrer Familie an der Veranstaltung beteiligen zu wollen.

Die Bebauung des alten Bahnhofsgebäudes

war der Gegenstand einer am Freitag Abend im Zieglerischen Saal tagenden, von den Bürgervereinen einberufenen, gutbesuchten Versammlung. Der Referent, Herr Architekt Wilkott legte die Wünsche der Interessenten dar, die da sind: Veranstaltung eines Wettbewerbs zur Erlangung von Entwürfen; direkte Verbindung der Alt- und Neustadt, wie auch der Dillstadt; für die Kriegstraße, welche umgestaltet erhalten bleiben soll, Straßenbahn und geräumige Fußgängerüberführung; genügend Platz für Schaulokale der Antwohner des alten Bahnhofsgebäudes.

Errichtung einer Post- und Expressannahmestelle daselbst; Erhaltung des Altbahnhofes an seiner jetzigen Stelle.

In der Diskussion, welche teilweise große Klarheit zeigte, wurden verschiedene Meinungen kund, so bei Verlegung des Altbahnhofes, Beibehaltung des alten Bahnhofsgebäudes usw. Der Extract der Versammlung wird nun in Form einer Eingabe an den Stadtrat gehen.

Das ungesetzliche Vorgehen der Metzgerinnung Karlsruhe, so lautet das Thema, über welches Landtagsabg. Willi in einer öffentlichen Versammlung in der Gambinushalle sprach. Eingangs seiner Rede erklärte der Referent, daß er von den Arbeitgebern vieles gewohnt sei und schon manches erlebt habe, aber das, was die Metzgerinnung getan habe, ginge über alles hinaus. Redner erläuterte dann die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, welche Rechte der Gesellenauschuß besitzt und welche Pflichten die Innung dem Gesellenauschuß gegenüber zu erfüllen hat. Diese Pflichten habe die Metzgerinnung schon dadurch verletzt, daß der vor einem halben Jahre neu gewählte Gesellenauschuß von der Innung, obwohl offenes Bunde, die auch die Arbeiter betreffen, auf der Tagesordnung standen, zu keiner einzigen Sitzung oder Versammlung eingeladen wurde. Inerbet sei es, daß bei der Lehrlingsprüfung der Gesellenauschuß gar nicht benachrichtigt wurde und nur eine oberflächliche Prüfung nach Belieben der Innung stattfand. Unbedingte Pflicht der Behörde ist es, die Lehrlingsprüfung umzuwerfen und so schnell als möglich eine neue, korrekte Prüfung vorzunehmen.

In der Diskussion beteiligten sich sämtliche Gesellenauschusmitglieder. Alle erhoben scharfen Protest dagegen, daß die Innung den gewählten Gesellenauschuß, der das Vertrauen der karlsruher Metzgergesellen besitzt, einfach auf die Seite setzt. Für eine solche Innung, die so gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt und so oberflächlich und einseitig handelt, könne es nur ein Mittel geben und das sei die Auflösung der Innung. Nicht Dummheit oder Unkenntnis des Gesetzes ist es, was die karlsruher Metzgerinnung hier getan, sondern raffinierte Machtdünkel. Die Gesellenauschusmitglieder sind organisierte Arbeiter und deren Namen sollen nicht in den Prüfungslisten stehen. Kein Gewerbe gibt es mehr, in dem sich die Arbeitgeber so kleinlich und rücksichtslos zeigen. So hielt Herr Metzgermeister A. Kötner den Vorschlag in der Wirtschaft zur „Loreley“ einen Vortrag über das gute Einvernehmen im Metzgerhandwerk. Die Lehrlinge sollen ja nicht dem bewährtesten „sozialdemokratischen“ Verband beitreten. Er habe dabei nicht, daß viele der Zuhörer sich bereits schon als Mitglieder angemeldet hätten. Herr Richter soll nicht glauben, daß die Lehrlinge, welche gerade in Karlsruhe ziemlich ausgedehnt werden, noch so dumm sind und auf dieses alte Gewerbe hereinfallen. Mancher dieser Herren Metzgermeister, welche jetzt über die Organisation kämpfen, werden in späteren Jahren Schuß bei der Organisation haben müssen, zumal jährlich tausende von Meßkern durch die allzu große Konkurrenz wieder in den Gesellenstand zurückzutreten gezwungen sind. Gerade in Karlsruhe hat man hierfür die besten Beispiele.

Was nun die zukünftige Behörde, welche von allem in Kenntnis gesetzt ist, so schnell als möglich eingreifen und dieser Ungerechtigkeit der karlsruher Metzgerinnung dem Gesellenauschuß gegenüber ein Ende setzen für immer.

Dienstjubiläum. Obermusikmeister Riese vom 14. Artillerieregiment feierte dieser Tage sein 40jähriges Dienstjubiläum. Herr Riese erfreut sich unter der karlsruher Bevölkerung allgemeiner Beliebtheit, so daß ihm aus Anlaß seines Jubiläums zahlreiche Ehrungen zuteil wurden. Letzten Sonntag war er während des Konzertes im Stadtpark schon Gegenstand lebhafter und herzlicher Ovationen, es wurden ihm zahlreiche Blumen überreicht. An seinem Ehrentag brachte ihm das Trompetenkorps ein Gländchen, wobei ihm ein Geschenk im Namen des Korps überreicht wurde. Auch die anderen Musikkapellen, das Offizierskorps und die Stadtkommunikation schlossen sich der zahlreichen Schar der Gratulanten an, von denen auch wir uns nicht ausschließen möchten.

Unfall. Gestern nachmittags 2 Uhr erlitt ein 7jähriger Knabe in der Rheinstraße dadurch einen Unfall, daß er von einem Hund umgeworfen wurde und dabei den linken Arm gipfeln brach.

Einbrecher. In den letzten Tagen wurden in der Gartenstraße Nr. 60, Kreisstraße 39 und Kaiserstraße 170 Einbruchsdiebstähle verübt. In zwei Fällen scheint der Täter verjagt worden zu sein und im dritten Falle hat er alles durchwühlt, aber nichts gestohlen.

Feuer entstand vorgestern Abend auf noch unaufgeklärte Weise in der Mansarde eines Hauses der Lohmstraße; es konnte durch einen Schwamm, der es zuerst bemerkt hatte, sowie durch den Wohnungsinhaber noch vor dem Eintreffen der alarmierten Feuerwache gelöscht werden. Der entstandene Schaden beträgt ca. 100 M. Gebäudeschaden wurde nicht verursacht.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der Athletensportklub Arminia veranstaltet morgen im Saale der Restauration „Walhalla“ hier eine Abendunterhaltung, verbunden mit athletischen Auführungen und Tanz.

„Der proletarische Monismus.“ Ueber dies, ohne Zweifel für Arbeiter sehr interessante Thema, spricht in 2 öffentlichen Vorträgen auf Veranstaltung des Freibundes Herr Stadtverordneter Rapp-Baden-Baden heute Samstag, 27. April, abends halb 9 Uhr in der „Krone“ in Rinkheim, sowie am Sonntag, 28. April, nachmittags 3 Uhr, im „Waldschen Hof“ in Grünwinkel. Bezüglich der Preise der Teilnehmerkarten, sowie der Vorverkaufsstellen derselben, verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Nummer.

Stadtparkkonzerte. Mit Wirkung vom heutigen Freitag an werden im Stadtpark die üblichen Freitagskonzerte (Dienstags- und Freitag) wieder stattfinden. Die Dienstagskonzerte werden regelmäßig von der Leichter- und Kapelle, die Freitagskonzerte abwechselnd von den übrigen hiesigen Musikkapellen gespielt werden. Der Beginn der Konzerte ist bis auf weiteres auf halb 4 Uhr nachmittags festgesetzt. Am Mittwoch, an welchem der Stadtpark-Eintrittspreis von mittags 12 Uhr an auf 10 Pf. für Erwachsene und Kinder herabgesetzt ist, werden ab und zu ebenfalls Konzerte abgehalten werden.

Fußballsport. Am kommenden Sonntag hat der karlsruher Fußballklub Rhönig auf seinem Sportplatz an der Rheinstraße entlang dem Verein für Rasenspiele Mannheim zum Wettbewerb in der Privat-Fußballmannschaft zu Gast. Es steht ein besonders spannender Wettkampf bevor, der durch die faire Spielweise beider Mannschaften sehr genussreich zu werden verspricht. Das Spiel beginnt um halb 4 Uhr. Vorher stehen sich die Mannschaften gegenüber, die sich beim Spiel in Mannheim ein unentschiedenes Resultat lieferten. Auch dieses Spiel dürfte von besonderem Interesse sein.

Zentral-Kino-Theater. „Die Stimme der Schuld“, eine packende Geschichte, die in verblüffender Weise und von Anfang bis zu Ende spannend voranschreitet, wie es vermehrt werden

muß einem Detektiv gelingt, einem rätselhaften Verbrechen auf die Spur zu kommen, steht im Mittelpunkt des neuen Programms des Zentral-Kino-Theaters, Karl-Friedrichstraße 26 (27. bis 30. April). Ein weiteres Drama „Die Hüt steigt“ führt in erschütternder und lebenswahrer Regie die Schreier einer Ueberwältigung vor Augen. Sehr spannend ist auch das Drama aus der russischen Geschichte „Der weiße Clog“. Ueberaus interessant ist das großartige Naturschauspiel „Sturmflut an der Küste von Biarritz“ und schließlich sind auch die humoristischen Darbietungen „Eine ausgiebige Kerze“, „Die Serenade des Soldaten“ usw., als vorzüglich zu bezeichnen.

Die Katastrophe der Titanic.

Newport, 26. April. Der Dampfer „Mac Kay Bennett“ meldet, daß die Leichen von Astor und Aldor Strauß aufgefunden und geborgen worden sind.

Der ertrunkene Milliardär J. J. Astor.

Unter den Opfern der furchtbaren Schiffskatastrophe vom 14. April befindet sich auch der bekannte Multimillionär John Jakob Astor, ein Enkel jenes Astor, der aus seinem badiischen Heimatsort Waldorf bei Heidelberg im Jahre 1777 nach London und von hier aus nach New York ging und durch kühne Spekulationen mit Pelzwaren und Grundstücken ein Vermögen von etwa 500 Millionen Mark hinterließ. Der jetzt ums Leben gekommene John Jakob Astor hatte nach Beendigung seiner Studien an der Harvard-Universität verschiedene Erfindungen auf mechanischem Gebiet gemacht und sich dann dem Bau moderner Hotels in Amerika zugewandt. Seiner Initiative ist das Entstehen der berühmten Hotels „Waldorf-Astoria“, „St. Regis“ und des Knickerbocker Hotels zu danken. Im Jahre 1911 heiratete der damals 45jährige ein zwanzigjähriges, vermögensloses Mädchen in zweiter Ehe, dem er als Brautgeschenk 50 Millionen Mark gab, während er seine erste Gattin, eine geborene Eva Lewis Willing, mit 40 Millionen Mark bei der Ehescheidung abhand. Astor's junge Frau ist, wie berichtet, unter den Geretteten an Bord der „Carpathia“ in Newport eingetroffen.

Der Gesamtverlust.

Table with 2 columns: Category and Value. Total 700 000 000.

Der italienisch-türkische Krieg.

Paris, 25. April. Der „clair“ meldet aus Rom: Italien verzichte nun endgültig auf jeden Versuch, die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erzwingen. Italien wird jedoch drei, weniger stark besetzte Inseln des Archipels besetzen und dort auf eigene Rechnung ein Joll-Regime einrichten. Die Bewohner dieser Inseln sollen ferner gezwungen werden, an Italien Steuern zu bezahlen. Die italienische Regierung glaubt, daß es hierdurch der Türkei schwer sein werde, weiterhin in ihrem passiven Widerstande zu verharren. In diesem Sinne sind auch die Instruktionen gehalten, die dem Admiral Viale, dem Befehlshaber der 1. Division der italienischen Flotte gegeben worden sind.

Konstantinopel, 26. April. Auf der Bforte wird erwartet, daß die Ausübung der Minensperre in den Dardanellen erst dann aufgehoben werden wird, wenn jede Gefahr einer Ueberrumpelung durch die italienische Flotte geschwunden sein wird. Morgen findet jedoch ein neuer Ministerrat statt, in welchem wahrscheinlich die Deckung der Dardanellen beschlossen werden wird. Die Dardanellen sollen aber sofort wieder geschlossen werden, wenn die italienische Flotte sich in der Nähe der Dardanellen zeigt.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Uchem. Wir haben keinen Artikel erhalten.

Wasserstand des Rheins.

27. April. Schußersinsel 1.35 m, gef. 8 cm, Eschl 2.19 m, gef. 1 cm, Ragau 3.58 m, gef. 8 cm, Mannheim 2.71 m, gef. 4 cm.

Vereinsanzeiger.

- List of club notices including: Karlsruher (Zentralverband der Handlungsgeschäften), Karlsruher (Sängerbund „Vorwärts“), Karlsruher-Wahlburg (Gesangverein „Brüderbund“), Durlach (Sängersektion des „Vorwärts“), Bruchsal (Sonntag den 28. April, abends 8 Uhr: Frauenversammlung).

Aus dem Lande.

Durlach.

Wohnungsstatistik. Nach längerer Vorbereitung ist endlich dem Wunsche nach Aufstellung einer Wohnungsstatistik seitens der Stadtverwaltung Rechnung getragen worden.

Ettlingen.

Sozialdemokratische Partei und vereinigte Gewerkschaften Ettlingen veranstalten am Samstag, den 4. Mai, abends halb 9 Uhr beginnend, im Saale des 'Reichsadler' eine Maiverammlung.

Die Bürgerauswahlwahlen sollen, wie der Gemeinderatsbericht lautet, in der ersten Hälfte des Juni stattfinden. Die bürgerlichen Parteien, Zentrum und Fortschrittspartei, arbeiten seit längerer Zeit mit Hochdruck.

Kindersubmission. In den hiesigen Blättern veröffentlicht das Bürgermeisternachrichtliches Inserat: Bekanntmachung.

Wir haben zwei Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren in Pflege und Erziehung zu geben. Anmeldungen wollen unter Angabe des beanpruchten Pflegegeldes spätestens bis 29. d. M. auf der Rathhaus-Schreiberei eingereicht werden.

Armenrat: Dr. Hofer, Müller.

Der gegebene Zeitraum ist an sich schon zu kurz bemessen und läßt zu befürchten, daß keine besondere Sorgfalt auf die Qualität des Kinderaffordanten verwendet werden kann.

Von der Leitung der dramatischen Klubs geht uns folgendes zu: Der im vorigen Späthjahr gegründete 'Dramatische Klub' zeigt hier eine rege Tätigkeit.

Rastatt.

Tagesordnung zur Bürgerauswahlprüfung am 1. Mai. 1. Aufnahme eines Anlehens. Insehere Partei stellt hierzu folgenden Antrag:

Berechtigter Bürgerauswahl wolle seine Zustimmung erteilen:

- 1. daß die zur Erbauung von Kasernen und Erweiterung von Exerzierplatzgelände noch erforderlichen Mittel in Höhe von 700 000 M. durch Aufnahme eines Anlehens rückzahlbar mit 1 Prozent Amortisation und der sich jährlich ergebenden Zinsersatz bewirkt werde;

2. daß von diesem genehmigten Anlehen vorerst der Betrag von 350 000 M. verzinslich zu 4 1/2 Prozent und rückzahlbar auf 1. Februar 1913, vorübergehend bei großer Staatsschuldverwaltung aufgenommen werde;

3. daß über die Höhe des Zinsfußes und die Anlehensbedingungen dem Bürgerauswahl noch besondere Anträge unterbreitet werden.

Begründung: Der verehrl. Bürgerauswahl hat unter dem 21. Mai 1908 die Aufnahme eines 4prozentigen Anlehens auf Schuldenverschreibung im Betrage von 2 000 000 M. genehmigt.

zu erwerben 762 000 Quadratmeter zu 30, 35 und 40 Pfg. pro Quadratmeter einschließlich der Vergütung für Holzbestände von Waldparzellen 804 800 M., es wären hierzu noch erforderlich 199 746 M., rund 200 000 M., zusammen 700 000 M.

Baden-Baden.

Bundestag. Der 3. Internationale Bundestag der landwirtschaftlichen Genossenschaften (Sitz Darmstadt) wird am 21. und 22. Mai erstmals in Deutschland und zwar in Baden-Baden abgehalten werden.

Offenburg.

Die sozialdemokratischen Bürgerauswahlmitglieder treffen sich heute Samstag abend in der 'Alten Kasse'.

Die Stadtratswahlen finden am Montag statt. Stadtrat Vint, der sich zur liberalen Partei zählt, aber bei seiner Wahl (Erstwahl für Werte) vom Zentrum aufgestellt und gegen den Willen der Liberalen gewählt wurde, indem der liberale Kandidat Bilfinger durchfiel, ist jetzt von den Liberalen wieder nicht aufgestellt.

w. De mortuis. Die 'Offenb. Ztg.' übernimmt von ihrem geistlichen Vater 'Bad. Beobachter' eine Predigt wider den 'Volksfreund', weil dieser den Nachruf an den Altbürgermeister Gafz in Bühl, wie er in der Zentrumspresse erschien, kritisierte.

Das in jedem Fall erwähnen wollten, wo in der Zentrumspresse den Verstorbenen keine Schmeichelei nachgejagt wurde, käme ein langes Sündenregister heraus.

Ein starkes Stück. Unter diesem Stichwort bringt der 'Ort. Bot.' folgendes, vom 19. April datiertes 'Mitteil': Letzte Woche kamen ein paar Frauen in ein Haus der Gassestraße, ließen die Hausfrauen herauskommen und erkundigten sich, ob ihre Männer die 'Missionsbeichte' schon abgelegt hätten.

Genrat, 26. April. Heute morgen wurde in der Nähe des Hotels Genroth der Knecht des Hirchwirts aus Schwann mit schweren Fußverletzungen auf der Straße gefunden; das von ihm geführte Fuhrwerk hatte ihm beide Füße gequetscht.

Forstheim, 26. April. Ueberfahren und getötet. Beim Illinger Bahnübergang, unweit der Konwitzer Mühle, geriet der 62 Jahre alte Fahrknecht G. Rupp von Edenweierhof mit seinem Fuhrwerk aus noch unbekannter Ursache unter den Zug.

Forstheim, 25. April. Ein sehr bedauerliches Unglück ereignete sich gestern hier. Als das 10jährige Töchterchen eines Technikers auf dem Gehweg der Durlacherstraße ging, fiel vom

3. Stock eines Hauses ein schlecht verwahrter resp. beseitigter Korfenherflügel herab und fiel dem Kind auf den Kopf. Das Mädchen erlitt einen schweren Schädelbruch. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Mannheim, 26. April. Der 54 Jahre alte verheiratete Gärbermeister Ludwig Ihmann stürzte gestern nachmittag beim Abwaschen eines Hauses des Wirtes Fafold in T. 2 aus der Höhe der Gassen ab auf die Straße.

Radolfzell, 26. April. Ein Gaunerstreich. In der Nacht vom 23. auf 24. April wurde im hiesigen Amtsgericht ein Einbruchdiebstahl ausgeführt und dabei eine größere Menge Saccharin, das in der letzten Zeit Schmugglern abgenommen worden war und dort aufbewahrt wurde, gestohlen.

Letzte Nachrichten.

Aus dem bad. Landtag.

Der Senioren-Konvent

Der zweite Kammer beschloß, Anfang nächster Woche den Lustizet zu erledigen. Anschließend daran finden die Debatten über die Branntweinlicenzgesetz statt.

Die Reichstagswahl in Varel-Jever.

Oldenburg, 26. April. Bei den heutigen Reichstagsersatzwahlen für den verstorbenen fortschrittlichen Abgeordneten Träger im 2. Oldenburg. Wahlkreis (Wahl) erhielten: Hug (Soz.) 12 568, Dr. Wiemer (F. Wp.) 11 226, Dr. Albrecht (natl.) 1893 und Frhr. v. Hammerstein (Vd. d. L.) 1058 Stimmen.

Die Wiener Gemeindevahlen.

Wien, 26. April. Bei den heutigen Ersatzwahlen für den Gemeinderat in 3 Bezirken des 3. Wahlkörpers wurden in 2 Bezirken Christlich-Soziale gewählt.

Streik in den Goldgruben.

Leiberg, 26. April. Den hiesigen Blättern wird telegraphiert: Wegen den blutigen Vorgängen in den Lena-Goldgruben haben die dortigen Arbeiter den Generalstreik erklärt.

Zum Streik auf der 'Olympic'.

London, 26. April. Der Standard berichtet, daß eine Abordnung von Mitgliedern der Trade-Union sich an Bord der 'Olympic' begeben hat, um den Verleuten hinsichtlich der Ausdauer und Seetüchtigkeit der an Bord befindlichen Rettungsboote beizuwohnen.

Southampton, 26. April. Die Ausreise der 'Olympic' ist ausgebehalten worden.

Streikende Rechtsanwälte.

Lurin, 26. April. Sämtliche Luriner Rechtsanwälte, etwa 700, haben, wie dies ähnlich in Verona mit teilweisem Erfolg im vorigen Jahre geschah, für heute den Streik beschlossen und wollen nicht früher ihre Tätigkeit wieder aufnehmen als bis man ihrem Wunsch auf Vergrößerung der Polizei- und Amtsgerichte und Vermehrung der Richter nachgegeben ist.

Bombenanschlag.

Sevilla, 26. April. Vorgeflogen Abend schlenderte in dem hiesigen Stadt-Theater ein Mann eine Bombe ins Parkett. Die Wirkung war eine schreckliche. Drei Personen wurden auf der Stelle getötet, 20 andere haben schwere Verletzungen erlitten.

Frauenstimmrecht.

Newport, 25. April. Das Repräsentantenhaus genehmigte die Bill über das Stimmrecht der Frauen im Territorium Alaska.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

S. N. 507. Wenn der Schuldner zur Leistung des Offenbarungseides nicht erscheint, kann der Gläubiger die Verhaftung des Schuldners beantragen.

Letzter Tag der Waren-Versteigerung.

Montag, den 29. April, vormittags 9 1/2 und nachmittags 2 Uhr werde ich

Waldstraße 11, Laden,

die Restbestände des Warenlagers öffentlich versteigern. Vorhanden sind noch: Damen- und Kinderkleiderstoffe, Unterrockstoffe, Perse, Pelzplüsch, Futterstoffe, Planelle, Vorhänge, Kinderstrümpfe, Herrensocken, Herren-, Damen- und Kinderanzüge, Kindercape, Herren- und Damenschirme, weiße Damenhemden, Herrenhemden mit farbigem Einfaß und noch Verschiedenes.

Liehaber ladet höflichst ein

J. Madlener, Auktionator.

NB. Sonntag geschlossen

7523

Durlach.

Restauration zum Tannhäuser

Prima Schrepp'sches Bier sowie erstklassige Fleisch- und Wurstwaren.

Sehr gute Küche.

Zu regem Besuch ladet ein

L. Dingeldein, Restaurateur.

Verkehrt im Tannhäuser.

MONTAG
den 29. April beginnt unsere

Aussteuer-Woche.

Durch wochenlange Vorbereitungen und grosse Einkäufe für diese Veranstaltung sind wir in der Lage, Aussergewöhnliches zu bieten.

7482

Geschwister

KNOPF.



Kohlenherde

großes Lager, weitgehende Garantie

Gastöcher

sparfam im Gebrauch sowie

Spiritusöcher

empfehlen bei billigsten Preisen

N. Hobeisen

Gaß- u. Küchengeräte

Werberstraße 36, Tel. 1885

Klauprechtstr. 2, Tel. 2749.

Rabattmarken.

Bitte mein großes Lager ohne Kaufzwang zu besichtigen.

Feinsten weichen

Romadour-

per Käse 60 Pf.

empfehlen

Alois Zaneffi,

Teleph. 2107, Kaiserstr. 64

Butter, Käse-Engros u. Detail

Tüchtige Metall-Dreher
für kleine und mittlere Arbeit sofort gesucht.
Maschinenbau-Gesellschaft
Karlsruhe.

Vorzügliche Qualität! Erprobte Passform!
Garantie für Halbharkel!

Einheitspreis für Herren u. Damen
schwarz und braun, mit und ohne Lackkappen auch ganz Lack
Schnür-, Schnallen-, Zug- u. Derby-Stiefel, auch elegante Promenaden-Schuhe

Mk. 7.50
Jedes Paar, ebenso Bergstiefel, genagelt und ungenagelt.
Kaiserstr. 56.
Versand nach auswärts gegen Nachnahme.
Umtausch gestattet.

Cigarrenhaus Mansbacher
7217
Waldhornstraße 53, Ecke Durlacherstraße.
Gut sortiertes Lager in Cigarren, Cigaretten u. Tabak u.

Ich kaufe und verkaufe
fortwährend getragene Herren-, Frauen- und Kinderkleider, Möbel aller Art und Betten, Schuhe und Stiefel, Bett-, Leib- und Tischwäsche, sowie ganze Haushaltungen, Pfand-scheine. Beste höchste Preise wegen großen Warenbedarfs. Bitte um Nachricht.
6235

Frau Pflüger
Zähringerstraße Nr. 33, 3. St.

Ofen, Grube-Ofen, Herde
Gasherde, Küchen- und Haushaltungs-Artikel
kauft man immer noch am besten und billigsten bei
Ernst Marx,
Luisenstraße 45. 7518

Herren-Anzüge
reinigt à 2.50 Mk.
Chemische Wascheret
Firnrohr
28 Kaiserstraße 28.

2 neue Bettstellen,
englische Façon, nussbaum, matt und blank poliert, zwei Patent- od. gepolsterte Matratzen, zwei dreiteilige Matratzen, 2 Polster werden für 140 Mk. abgegeben. Waldstr. 22, Lab.

Nur mit Kolband

Luhrs
wäscht am besten

Billig zu verkaufen: schönes sauberes, kompl. Bett, mit hoch. Haut 45 Mk., schöne eiserne Kinderbettstelle in neuer Matratze 14 Mk., Waschmaschine 12 Mk., schön. Küchenschrank 4 Mk., gut brennender Herd 12 Mk., Küchenschrank 10 Mk., Pfandstrafe 12, parterre. 7496

Suche Wohn- od. Geschäftshaus, auch mit Geschäft, mögl. mit Garten, auch Wirtschaft, hier ob. Umgeb. Off. von Besitzer u. „N. N. 200“ postl. Heidelberg.
Gesucht Bäcker od. Konditor, auch mit Nebengeschäft oder dazu geeignet. Haus. Platz gleich. Eigentümer schreiben u. „Bäcker 42“ postl. Mannheim. 7503

Herrenkleiderstoff- Reste
in nur ausgezeichn. Qualitäten, neueste Dessin, darunter befinden sich auch echt englische Fabrikate, werden enorm billig abgegeben.
Kaiserstr. 133
1 Treppe hoch
Eing. Kreuzstr., bei d. M. Kirche.

Diwan.
Umzugs halber werden neue, eleg. Polster- u. Leders-Diwans von 36 und 40 Mk. an, hoch abgepolst. moderne Stuhl- Lehntuare u. 50 und 55 Mk. an verkauft. Keine Fabrikware, nur selbstangefertigte pr. Ware mit Garantie R. Köhler, Tapezier, Schützenstr. 53, 2. St. 7482

Echten deutschen und französischen Cognac
echt. Kirchwasser
" Zwetschgenwasser
" Pfefferbranntwein
" Gefenbranntwein
" Steinhäger etc.
diverse Liköre, offen und in Flaschen, sowie im Ausschank empfohlen
Wilhelm Mayer
Schützenstr. 39, bel. Schule
Bestellungen frei ins Haus.

Sportwagen, zweiflügelig, gut erhalten, billig zu verkaufen. Anzahl. von 9-1 Uhr Luisenstr. 2b, St. 1. St.
Victorianer 10. 4. St. ist einfach möbl. Zimmer, nach der Straße gehend, auf 1. Mai zu vermieten.
Fahrrad sehr gut erhalten, Solger Marke, billig zu verkaufen. 7514
Bulach, Neue Anlage 21 P

Das Rätsel des XX. Jahrhunderts ist gelöst!
Die Pole der Erde sind entdeckt.
Der Telegraph brachte uns die Kunde von der Entdeckung des Südpols.

Der Weltkinematograph
bringt ab heute die neueste Sensation

Die Entdeckung des Nordpols.
Grosse fantastisch-dramatische Schilderung der berühmten Entdeckungsfahrt des Professors Klapps und Rückkehr am 1. April 1912.
Kolorierter Weltanschauer in 2 Abteilungen.
Erstausführungsrecht für Karlsruhe.
Holzflösserei.
Herbeischafter der Holzstämme, Fertig zur Fahrt. Durch die Schliessung. Hochinteressant!
Weltfilm! Hochinteressant! Weltfilm!

Rizzios Tod.
Dramatische Episode aus dem Leben Maria Stuarts.
Der Tapezierer.
Sehr lustig. 7511

Eine Tragödie an Bord.
Tragische Liebesgeschichte zweier junger Seelente.
Schreckliche Explosion auf hoher See.
Wichtiges u. aufregendes Drama von der Waterkant. Was in den letzten Tagen in der Welt vorging.

Weltkinematograph
Kaiserstrasse 133. Ecke Kreuzstrasse
Täglich von 2 bis 11 Uhr Vorstellung.
Sonntags v. 11 bis 1 Uhr halbe Preise auf allen Plätzen.

Bekanntmachung.
Die Inhaber der im Monat Sept. 1911 unter Nr. 21432 bis mit Nr. 23997 ausgestellten bezw. erneuerten Pfandscheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 3. Mai 1912 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.
Karlsruhe, den 20. April 1912.
Städt. Pfandleihkasse.

Bekanntmachung.
Das Grundbuchamt bleibt wegen Reinigung der Diensträume am Montag, den 29. April 1912 geschlossen.
Karlsruhe den 24. April 1912.
Grundbuchamt. 7482

Lieferung eines Asphalt-Kessels.
Die Lieferung eines Asphaltkessels ist im öffentlichen Wettbewerbs zu vergeben.
Angebote sind unter Verwendung der besonderen Vorbrude verschlossen und mit entsprechender Aufschrift spätestens **Mittwoch den 8. Mai d. J., vormittags 10 Uhr** bei uns einzureichen. 7504
Bedingungen und Angebotsborbrude werden auf Verlangen kostenlos abgegeben.
Karlsruhe, 26. April 1912.
Städtisches Tiefbauamt.

Liebensteinsstraße 3, 2. Stof.
ist ein möbliertes Zimmer sofort zu vermieten.

Partei-, Gewerkschaftsge., Freunde der Arbeiterfrage
raucht und verlangt in Cuern Verzehrslokalen und in den Geschäften

Fisch-Zigarren
5, 6, 7, 8, 10, 12, 20.
Generalvertreter
G. Wetterauer,
Karlsruhe-Rüppurr.
Mühlweidenweg 7.
en gros 7520 en detail.

Eier-Diebe-
Nikolaus Reihert,
Telephon 2153, Schützenstr. 60.

Billig zu verkaufen:
Saubere pol. Bettstelle, Koff. neubez., ganz neue Obermatratze Wolfer 26 Mk., Schifffonier wenig gebraucht 20 Mk., fast neues gutes Deckbett mit Kopfkissen 12 Mk., dgl. 11 Mk.
Körnerstraße 30, 4. St. z.

Trinkt Union-Bier!
ff. helle Export- und ff. dunkle Lagerbiere
in der Brauerei auf Flaschen gezogen.
Telefon 264. **Union-Brauerei Karlsruhe.**

